

Bericht

über die im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 abschließend behandelten Petitionen
gemäß dem Gesetz über Petitionen in Wien

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
Gemeinderatsausschuss für Petitionen.....	4
Übersicht über die im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 abschließend behandelten Petitionen (Statistik).....	4
Form der Einbringung und Unterstützung.....	4
Veröffentlichungen auf der Petitionsplattform.....	5
Behandlung im Petitionsausschuss.....	5
Thematische Zuordnung.....	7
Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen.....	7
Zu den einzelnen Petitionen.....	9
A. Abschließend behandelte Petitionen:.....	9
A.1 Begründet abgeschlossene Petitionen.....	9
1) Breitensee - das Grätzl lebens- und liebenswerter (um)gestalten.....	9
2) L(i)ebenswerter Czerninplatz.....	12
3) Nein zum Jubiläumsbrunnen in Favoriten!.....	14
4) Durchsetzung der StVO §23 insbesondere das Hineinragen abgestellter Fahrzeuge auf Flächen des Fahrrad,- und Fußgängerverkehrs.....	16
5) Kosten für Parkpickerl an Richtwert-Mietzins koppeln.....	18
6) Verkehrsberuhigung um den Hannovermarkt.....	20
7) Gemeinschafts-Park retten in der Wiener Josefstadt.....	23
8) Autofreier, begrünter Schulvorplatz Hainburger Straße 40.....	25
9) Petition für Novellierung der Wiener Ratten-Verordnung.....	27
10) Aufhebung des temporären Fahrverbotes in der Stammersdorfer Kellergasse.....	30
11) Radschnellverbindung Brigittenau.....	32
12) Gegen die Verlängerung der Straßenbahnlinie 18 vom 3. Bezirk in den 2. Bezirk.....	35
13) Wir wollen unseren Mistplatz wieder!.....	38
14) NEIN zum Bau der 12er Straßenbahn durch die Vorgartenstraße.....	41
15) Veza-Canetti-Park.....	44
16) Klimafitte Blumberggasse: Weniger Durchzugsverkehr, mehr Begrünung.....	46
17) Mistplatz Zwischenbrücken (Dresdnerstraße) 1200 Wien öffnen – JETZT.....	48
18) Einführung einer pflanzlichen Wahloption in den städtischen Kindergärten.....	51
A.2 Unzulässige Petitionen.....	54
1) Projekt Seilbahn auf den Kahlenberg.....	54
2) REGULIERUNG VON FREQUENZEN UND SCHALLDRÜCKEN FÜR MARDER- UND KATZENSCHRECKS.....	55
3) Autofreier Tag.....	56
4) Die Zukunft des KunstQuartier Wien Meidling sichern!.....	57

5) Anpassung im Paragraf 5 WMG	58
6) Nein zur Halle! - St. Marx für Alle	59
7) Stopp dem gesundheits- und klimaschädigenden Flugverkehr!	61
8) Verpflichtende Dokumentation für den Einsatz von Sirenen der Einsatzkräfte	62
B. Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen	63
1) Sicherer Schulweg zum BIG - Bundesinstitut für Gehörlosenbildung, Maygasse 25.....	63
2) Errichtung einer öffentlichen Musikschule in Währing.....	64
3) Mehr Bäume gegen Hitze.....	65
4) Fahrradstrasse	66
5) Parkverbot vor Hauseingängen in allen Wiener Wohn- und Spielstraßen	67
6) Meidlinger Hauptstraße zur Begegnungszone machen.....	68
7) Modell-Bezirk ohne motorisierten Individualverkehr	69
8) Petition Gratis Pinkeln für Alle - auch für Frauen!.....	70
9) Autofreies Wien.....	71
10) Generelle Kennzeichnung von Fahrradstreifen in Einbahnstraßen.....	72
11) Nicht mehr sprachlos, sondern laut - WIR ALLE fordern Kinderschutz!.....	73
12) Rückbau Praterstern Brunnen.....	74
13) Verbreiterung Gehsteig.....	75

Einleitung

Das Gesetz über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, ist am 22. Jänner 2013 in Kraft getreten. Die letzte Änderung erfolgte durch LGBl. Nr. 46/2022.

Gemeinderatsausschuss für Petitionen

Der für die laufende Wiener Legislaturperiode mit 18. Februar 2021 konstituierte Gemeinderatsausschuss für Petitionen (Petitionsausschuss) tagte im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 unter dem Vorsitz von Frau Gemeinderätin Mag.^a Andrea Mautz-Leopold (SPÖ) am 8. und 18. September 2023, am 6. Oktober 2023, am 14. und 24. November 2023 sowie am 7. und 11. Dezember 2023.

Übersicht über die im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 abschließend behandelten Petitionen (Statistik)

Form der Einbringung und Unterstützung

Von den im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 im Petitionsausschuss abschließend behandelten 26 Petitionen wurden 21 online über die elektronische Plattform (<https://www.wien.gv.at/petition/online/>) und 5 in Papierform über die MA 62 eingebracht.

Petitionen, die in Papierform eingebracht wurden, wurden teilweise auch online über die Petitionsplattform unterstützt. Bei Petitionen wiederum, die online eingebracht wurden, wurden auch Unterstützungen in Papierform nachgereicht. Die vom Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit, beide Formen der Unterstützung zu nutzen, wurde somit in Anspruch genommen.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2023 wurden 22 Petitionen abschließend behandelt. Somit wurden im Gesamtjahr 2023 in Summe 48 Petitionen abschließend behandelt.

In den Vorjahren (Gesamtjahr) wurden

- 2022 34 Petitionen
- 2021 39 Petitionen
- 2020 17 Petitionen
- 2019 26 Petitionen
- 2018 23 Petitionen
- 2017 15 Petitionen
- 2016 17 Petitionen
- 2015 12 Petitionen

- 2014 35 Petitionen und
- 2013 49 Petitionen

abschließend behandelt.

Veröffentlichungen auf der Petitionsplattform

Es wurden sämtliche Petitionen mit den beigebrachten Unterlagen, alle im Zuge des Verfahrens vor dem Petitionsausschuss eingeholten Stellungnahmen sowie die Beantwortungen zu den jeweiligen Petitionen auf der Petitionsplattform unter <https://www.wien.gv.at/petition/online/> – soweit erforderlich anonymisiert – veröffentlicht. Weiters wurden auf der Petitionsplattform auch die auf einem Bild- und Tonspeichermedium aufgezeichneten mündlichen Erläuterungen des Inhaltes der Petitionen durch die einbringenden Personen samt der Beantwortung von Fragen der Mitglieder des Petitionsausschusses für jede Person öffentlich zugänglich gemacht, sofern von den betroffenen Personen die jeweilige Einwilligung hierzu erteilt wurde. Zudem sind die Protokolle der jeweiligen Petitionsausschusssitzungen im Internet abrufbar.

Behandlung im Petitionsausschuss

Im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 wurden insgesamt 26 Petitionen im Petitionsausschuss abschließend behandelt.

Begründet abgeschlossene Petitionen

Die durchschnittliche Dauer der Behandlung der auf Seite 2 in Punkt A.1 angeführten Petitionen vom Erreichen der erforderlichen 500 Unterstützungen bis zur abschließenden Behandlung im Petitionsausschuss betrug 3,2 Monate. Der Zeitraum vom Einbringen dieser Petitionen bis zur abschließenden Behandlung im Petitionsausschuss betrug durchschnittlich 7,8 Monate. Von den begründet abgeschlossenen 18 Petitionen wurden 3 Petitionen im Jahr 2022, 8 Petitionen im ersten Halbjahr des Jahres 2023 sowie 7 Petitionen im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 eingebracht.

Der Petitionsausschuss holte zur inhaltlichen Behandlung der Petitionen im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 insgesamt 251 Stellungnahmen ein.

Bei 18 Petitionen beschloss der Petitionsausschuss, die einbringende Person zur näheren Erläuterung der Petition im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses einzuladen.

In 18 Fällen beendete der Petitionsausschuss die Behandlung dadurch, dass er den zuständigen Organen gegenüber Empfehlungen aussprach.

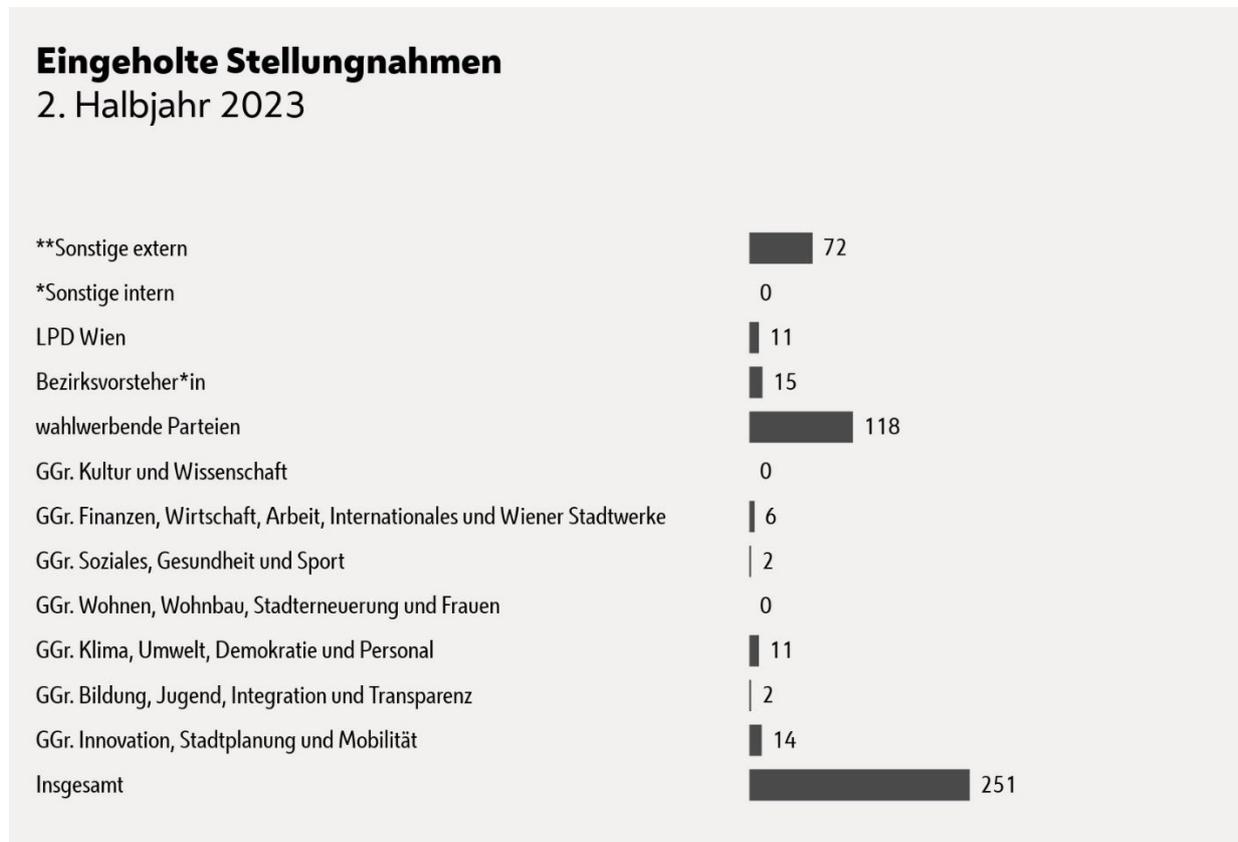
Weiters beschloss der Petitionsausschuss in 13 Fällen, die an eine amtsführende Stadträtin oder einen amtsführenden Stadtrat gerichtete Empfehlung an den fachlich zuständigen Ausschuss des Gemeinderates zur Information weiterzuleiten.

Unzulässige Petitionen

Bei 8 der im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 abschließend behandelten Petitionen (die betreffenden Petitionen sind auf den Seiten 2 und 3 in Punkt A.2 angeführt) war keine Angelegenheit der Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke bzw. keine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes Wien im Sinne der Art. I § 1 Abs. 1 Z 2 bzw. Art. II des Gesetzes über Petitionen in Wien betroffen, weshalb der Petitionsausschuss die Unzulässigkeit dieser Petitionen beschloss.

Thematische Zuordnung

Die im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 begründet abgeschlossenen Petitionen betrafen Angelegenheiten aus folgenden Geschäftsgruppen, Bezirken bzw. sonstigen Stellen:



MA 62 Petitionsangelegenheiten

Abbildung 1: Die im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 von Petitionen betroffenen Bereiche¹

*Sonstige Stellen intern: -

**Sonstige Stellen extern: ARBÖ, ÖAMTC, VCÖ-Mobilität mit Zukunft, Mobilitätsagentur Wien GmbH, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wirtschaftskammer Wien, Wiener Linien GmbH, Direktion der Schule Hainburger Straße 40, Wiener Umwelthanwaltschaft, Radlobby Wien, ÖBB Holding AG, Vereinsvorstand des KGV Wasserwiese, Institut für Ernährungswissenschaften der Universität Wien, Wiener Gesundheitsförderung - WiG

Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen

Gemäß § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien ist die Abgabe von Unterstützungserklärungen bis zum Ablauf eines Jahres ab Veröffentlichung einer Petition im Internet möglich.

¹ Dies wurde anhand der vom Petitionsausschuss eingeholten Stellungnahmen beurteilt. Eine Petition kann mehrere Angelegenheiten betreffen.

Binnen Jahresfrist erreichten 13 Petitionen (vgl. die auf der Seite 3 in Punkt B angeführten Petitionen) nicht die erforderlichen 500 Unterstützungserklärungen im Sinne des § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien. Diese Petitionen werden auf der Petitionsplattform auf den Status „Beendet“ gesetzt und dem Petitionsausschuss ohne inhaltliche Behandlung zur Kenntnis gebracht.

Zu den einzelnen Petitionen

A. Abschließend behandelte Petitionen:

A.1 Begründet abgeschlossene Petitionen

1) Breitensee - das Grätzl lebens- und liebenswerter (um)gestalten

Inhalt der Petition:

Die Bezirksvorstehung Penzing (1140) möge: einen autofreien Laurentiusplatz realisieren, um das Grätzl Breitensee Lebens- und liebenswerter zu machen, ergänzt durch Elemente wie Sitzmöbel, Motorik Elemente, Wasservernebler und Blumenkästen um Mischnutzungsflächen mit hoher Aufenthaltsqualität herstellen, die 30er Zone über den Feilplatz bis zur Huttengasse (auch vor der Volksschule und nicht nur vor dem Kindergarten) verlängern, die Müllsammelgefäße in die Kendlerstrasse verlagern, um die Sichtachsen zur Kirche zu befreien, entlasten sowie einen Trinkbrunnen aufstellen, um in den heißer und trockener werdenden Jahren entspannt, lärmberuhigt und ohne Konsumationszwang vor Ort verweilen zu können. Die Spallartgasse soll von der Kendlerstrasse bis zum Schulsporthplatz maximal verkehrsberuhigt werden um den jetzigen und zukünftigen Schüler*innen, Anrainer*innen aller Altersgruppen möglichst viel freien Raum zu bieten: Gestaltung nach dem Schwammstadtprinzip, Durchfahrtsmöglichkeit nur für Einsatzfahrzeuge, Aufstellen von Motorikelementen, akustischen Spielgeräten, Trinkbrunnen, Wasservernebler, zusätzliche Sträucher, Blumenkästen, Fahrrad-, Lastenrad- und Scooterständer u. dgl. mehr. Der Vorplatz vor der Schule in der Muthsamgasse soll durch entfernen der Pflasterung und Aufbringen von Hackschnitzeln sowohl kühlend als auch eine Erweiterung des Spielplatzes, Bewegungsraumes werden. Durch Aufstellen von Motorikelementen, Tischen und Bänken für die SchülerInnen, AnrainerInnen gibt es mehr Möglichkeiten zum Verweilen im Freien und die Möglichkeiten z. B. Hausübungen u. dgl. zu erledigen. Alle Hydranten im Umkreis der genannten Plätze, Orte, Straßen sollen umgerüstet werden, so dass eine Trinkwasserentnahme möglich ist. Begründung Wie schon viele Initiativen (Lebenswertes Matznerviertel, Initiative Montleart, Freirauminitiative Schmelz) aufzeigen und fordern, gibt es bereits jetzt zu wenig Freiraum für die Bevölkerung in Wien. In der näheren Umgebung werden in der Hägelingasse, Kendlerstrasse, Spallartgasse und Breitenseerstraße mehr als 1.200 (!) Wohnungen fertiggestellt (Stand Jänner 2022). Das bedeutet, dass unser Grätzl demnächst noch dichter besiedelt sein wird und der Bedarf an Freiraum sehr stark steigt.

Datum der Einbringung:

5. April 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-902379-2022 GGK

Ausschusssitzungen:

16. Juni 2023

18. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Penzing (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 14. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlung an:

- die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 14. Wiener Gemeindebezirk, Frau Michaela Schüchner, auszusprechen, die Idee eines autofreien Laurentiusplatzes in Abstimmung mit den Wirtschaftstreibenden, der Pfarre und den Anrainer*innen weiter zu verfolgen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da seitens der Bezirksvorsteherin von Penzing weitere Gespräche in Aussicht gestellt wurden.

2) L(i)ebenswerter Czerninplatz

Inhalt der Petition:

Das hiermit geforderte Maßnahmenpaket "L(i)ebenswerter Czerninplatz" umfasst den Platz und die umliegenden Straßen des Czerninviertels. Dabei muss der Fokus auf attraktive Aufenthaltszonen, mehr Bäume und Begrünung, Kfz-Verkehrsberuhigung, sichere Schulvorzonen und Bevorzugung von Fuß- und Radverkehr liegen. Oberflächenparken soll reduziert und Kfz-Durchzugsverkehr unterbunden werden. Den Gewerbetreibenden sollen Ladezonen zur Verfügung stehen. Denn die neue Qualität des Czerninplatzes kann nur sichergestellt werden, wenn er von einem Parkplatz mit Kfz-Schleichwegen zum Herzen eines l(i)ebenswerten Viertels mit Aufenthaltsqualität, großzügigen Sitzgelegenheiten und fahrradfreundlicher Verkehrsgestaltung wird. Als Angebot für die Nachbarschaft sollen auf dem neu gestalteten Platz neue Sharing-Angebote wie Carsharing, Bikesharing sowie E-Transporträder realisiert werden. Es soll Raum für Nachbarschaftsprojekte und konsumfreien Aufenthalt im Schatten ohne Ratten- und Taubenplage geben. Es braucht mehr Bäume und weniger Hitzespeicher, um in den kommenden immer heißeren Jahren für Abkühlung zu sorgen. Besonders die Schule braucht eine verkehrsberuhigte, kinderfreundliche Umgebung. Dafür müssen Oberflächenparkplätze reduziert werden, eine Garage ist vorhanden. Durch Reduktion des Kfz-Verkehrs auf den notwendigen Erschließungsverkehr durch Verkehrsfilter, geöffnete Einbahnen zum Radfahren und bessere Nutzung eines Teils der Parkplätze kann die Mobilität im Viertel erhöht werden und auf dem Czerninplatz wichtiger Platz für Alle geschaffen werden. Die menschliche Geschwindigkeit soll das Maß der Dinge sein und dadurch das sichere Spielen auf der Straße ermöglicht werden. Das Czerninviertel soll die erste Wohnstraßenzone in der Leopoldstadt werden: unser Nachbarbezirk Landstraße hat gerade eine eröffnet und das Supergrätzl in Favoriten macht schon vor, wie das geht!

Datum der Einbringung:

8. September 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1902789-2022 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

7. Dezember 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Wünsche und Anregungen der diesbezüglichen Bürger*innenbeteiligung in die weitere Planung der Umgestaltung des Czerninplatzes miteinzubeziehen und dafür zu sorgen, dass der Czerninplatz klimafit umgestaltet wird.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da hinsichtlich der Umgestaltung des Czerninplatzes bereits eine umfassende Bürger*innenbeteiligung seitens des Bezirksvorstehers gestartet wurde, an deren Anregungen und Ideen die weiteren Planungsschritte anknüpfen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

3) Nein zum Jubiläumsbrunnen in Favoriten!

Inhalt der Petition:

Trotz Rekordteuerung und Gebührenexplosion plant die Wiener Stadtregierung die Errichtung eines Jubiläumsbrunnens in Wien-Favoriten für 2,16 Mio Euro. Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 22.06.2022 dieses Vorhaben bereits beschlossen. Anlass ist das 150-Jahre Jubiläum der ersten Hochquellenleitung in Wien. Bis Herbst 2023 soll dieses Projekt umgesetzt werden. In Zeiten der Rekord-Teuerung und Rekord-Inflation so viel Geld für ein solches Projekt auszugeben ist unangebracht und wird von den unterzeichnenden Personen abgelehnt. Auch wenn Kunst auch immer eine Frage des Geschmacks ist, muss hinterfragt werden, ob das Projekt auch optisch eine Aufwertung des vorgesehenen Platzes bewirkt.

Datum der Einbringung:

12. Oktober 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-2113264-2022 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

24. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der amtsführenden Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler
- des Bezirksvorstehers für den 10. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Marcus Franz
- der in der Bezirksvertretung für den 10. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Favoriten (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 10. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 10. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 10. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 10. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER – Die Bierpartei (BIER)"

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft,
Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler, auszusprechen, auch weiterhin zu gewährleisten, dass bei Kunstprojekten eine fachlich begründete Auswahl einer hochqualifiziert besetzten Wettbewerbsjury vorzunehmen ist.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das Brunnen-Projekt von einer mit Fachexpert*innen besetzten Jury ausgewählt wurde, die vorbereitenden Planungen noch vor der steigenden Inflation starteten, wobei auf den sorgsamem Wasserverbrauch geachtet wurde, und seit der Eröffnung positive Auswirkungen auf das Mikroklima sowie die Lebensqualität der Menschen entfaltet, und das Projekt auch bereits umgesetzt wurde.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft, Frau Mag.^a Veronica Kaup-Hasler, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft zur Information weiterzuleiten.

4) Durchsetzung der StVO §23 insbesondere das Hineinragen abgestellter Fahrzeuge auf Flächen des Fahrrad,- und Fußgängerverkehrs

Inhalt der Petition:

Die Organe der Parkraumüberwachung sollen angewiesen werden, das in der 33 Novelle der StVO vom 1.10.2022 formulierte absolute Verbot mit parkenden Kraftfahrzeugen Flächen des Fahrradverkehrs durch Hineinragen zu behindern konsequent zu ahnden. Ebenso ist das Hineinragen auf Flächen die dem Fußgängerverkehr vorbehalten sind konsequent zu ahnden sofern dieses ein geringfügiges Ausmaß (z. B. Seitenspiegel, Stoßstange) übersteigt. Der Bund ist durch Art. 15a B-VG Artikel 3 (2) zur effizienten Überwachung des ruhenden Verkehrs verpflichtet und kommt seiner Verpflichtung aktuell nicht im ausreichendem Maße nach. Die Stadt Wien soll gemäß Artikel 10 (3) dem Bund Empfehlungen zur Verbesserung der Aufgabenerfüllung aussprechen. Die Novelle der StVO konkretisiert die Regelung für das Hineinragen von parkenden Autos in Verkehrsflächen für Fahrradfahrer:innen und Fußgänger:innen. Aktuell werden die Verstöße weitgehend nicht geahndet was regelmäßig zu gefährlichen Situationen im Straßenverkehr führt. Die Organe der Parkraumüberwachung sollen demnach ihrer Aufgabe nachkommen und bei Verstößen gegen §23 Absatz 1 konsequent Organmandate ausstellen. In besonders gefährlichen Fällen, wie etwa dem Hineinragen in die Anlageart, Radfahren gegen die Einbahn, ist Gefahr in Verzug gegeben und die Organe der Parkraumüberwachung sollen angewiesen werden das Abschleppen des Kraftfahrzeuges u veranlassen. Ebenso ist eine Abschleppung zu veranlassen wenn der durch das Hineinragen verbleibende Gehweg auf weniger als 1,5 Meter reduziert wird. Für das vielzitierte "Miteinander im Verkehr" ist es notwendig dass sich alle Verkehrsteilnehmer:innen auch an die Regeln halten

Datum der Einbringung:

27. Jänner 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-134211-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

16. Juni 2023

18. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ

- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wirtschaftskammer Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, der Sitzung des Koordinationsgremiums mit der Landespolizeidirektion Wien als zuständige Aufsichtsbehörde die Ermöglichung von ausgedehnten Überwachungen im Hinblick auf hineinragende Fahrzeuge auf Gehsteigen speziell in den Tagesrandzeiten anzuregen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 weiters beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Parkraumüberwachungsgruppe durch die 15a-Vereinbarung eine Organisationseinheit der Landespolizeidirektion Wien ist und daher dort auch die Dienst- und Fachaufsicht für die Mitarbeiter*innen angesiedelt ist.

5) Kosten für Parkpickerl an Richtwert-Mietzins koppeln

Inhalt der Petition:

Die Wohnkosten steigen exorbitant, die Kosten für das Parkieren eines Autos im öffentlichen Raum sind mit 10€/Monat dagegen lächerlich gering. Die Liste der Nachteile des Autoverkehrs in der Stadt sind lang: Lärmbelästigung, krankheitserregende Schadstoffe, Emissionen, die unsere Erde erhitzen, Straßenverkehrsunfälle, wertvoller öffentlicher Raum wird als Parkplatzwüste der Allgemeinheit entzogen. Trotzdem wird dem motorisierten Individualverkehr in der Stadt noch immer kein Ende bereitet, sondern gerade umgekehrt: Parkplätze werden subventioniert und weit unter Marktpreis hergeschenkt. Die Hälfte der Wiener Haushalte besitzt kein Auto und ist von der Nutzung der Parkspuren ausgeschlossen. Reichere Haushalte, die sich ein Auto leisten können, werden hingegen gefördert. Durch Verknappung des verfügbaren Platzes im öffentlichen Raum durch billiges Dauerparken schnellen die Kosten für alles andere in die Höhe. Wir sagen: es gibt kein Menschenrecht auf einen günstigen Parkplatz vor der Haustür. Wir fordern: die Anhebung der Parkkosten auf den Richtwertmietzins (aktuell 6,15€/Quadratmeter) um die Klimaziele der Stadt Wien bis 2030 (uA: Senkung des Motorisierungsgrades um ein Drittel) zu erreichen. Klar muss auch sein: Für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und chronisch Kranke soll auch weiterhin ein verbilligtes Parkpickerl angeboten werden. Bürgerinitiative "Wiener Klimafahrplan einhalten"

Datum der Einbringung:

2. Februar 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-165444-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

16. Juni 2023

8. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke

- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke, auszusprechen, die festgelegten Ziele der Smart Klima City Strategie und des Klimafahrplans– insbesondere den Ausbau der öffentlichen Verkehrsangebote und der Förderung ergänzender Mobilitätsangebote - weiter zu verfolgen und umzusetzen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 weiters beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KR Peter Hanke, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zur Information weiterzuleiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da auch jetzt schon die Parkraumbewirtschaftung in den Zielsetzungen des Klimafahrplans eine wesentliche Rolle spielt, um auch langfristig eine zielgerichtete Gesamtsteuerung von fließendem und ruhendem Verkehr zu ermöglichen.

6) Verkehrsberuhigung um den Hannovermarkt

Inhalt der Petition:

Hohe Belastung durch Autoverkehr im Wohngebiet

Die Straßen rund um den Hannovermarkt sind vom Autoverkehr schwer belastet, wobei das Verkehrschaos (speziell an Freitagen und Samstagen) von Jahr zu Jahr zunimmt. Diese Problematik wurde im Jahr 2020 auch von der Bezirksverwaltung erkannt, die Umwidmung eines Teils der Othmargasse in eine Wohnstraße wurde beschlossen. Allerdings hatte diese bauliche Maßnahme keinen Effekt, da die Einschränkungen, die laut StVo für die Wohnstraße vorgesehen sind (v.a. Durchfahrtsverbot), nicht eingehalten werden. Das Ziel baulicher Umgestaltungen muss es hingegen sein, die Zufahrt zum Markt für KFZ zu unterbinden. Bis heute fahren täglich mehrere tausend Fahrzeuge verkehrswidrig durch die neue Wohnstraße. Auch mehrere Schwerpunktaktionen der Polizei konnten keine Verhaltensänderung bewirken. Nach Meinung der Exekutive wären hingegen grundlegende bauliche Maßnahmen notwendig. Unseres Erachtens nach wären hier platzierte Wendehämmer in den anliegenden Gassen Othmargasse, Hannovergasse und Gerhardusgasse (ähnlich den Verkehrsbeschränkungen in anderen Bezirken) oder die Einrichtung einer Fußgängerzone mit ausgreifenden Armen über dem Kreuzungsplateau Hannovergasse/Othmargasse geeignet. Außerdem soll die eigens für den Markt errichtete Tiefgarage als solche genutzt werden, wobei es empfehlenswert ist, den Fußweg vom Auto zum Markt länger zu gestalten als jenen von der Garage zum Markt.

Einbindung der Tiefgarage in das Marktgeschehen

Der Markt ist hervorragend an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden (U6, U4, Tram 5, 31, 33, Busse 5A, 5B). Die zahlreichen Benutzer:innen dieser Verkehrsmittel und mehr als 20.000 Menschen, die weniger als 10 Gehminuten vom Markt entfernt wohnen, bringen dem Markt hohe Kundenfrequenzen. Ein verhältnismäßig kleiner Anteil der Marktbesucher:innen kommt mit dem Auto. Der Fußweg von der Tiefgarage, welche nie ausgelastet ist, dauert maximal zwei Minuten. Weniger Autoverkehr rund um den Markt bringt definitiv eine qualitative Aufwertung des Marktes mit sich und wäre ein Gewinn für ALLE. Dazu beitragen könnte darüber hinaus eine Verbesserung der Fahrradinfrastruktur: aktuell ist der Markt mit dem Fahrrad nur schwer erreichbar, unter anderem über viel vom Autoverkehr genutzte Straßen wie die Wallensteinstraße oder die Klosterneuburgerstraße. Zu den Hintergründen:

Bereits seit 2013 fordern Anrainer:innen eine Verkehrsberuhigung rund um den Hannovermarkt, weil sich der Autoverkehr dort von Jahr zu Jahr verschlimmert. Mitte 2021 haben die politisch Verantwortlichen eine Wohnstraße auf einem kurzen Stück der Othmargasse eingerichtet, allerdings ohne dabei die Menge der durchfahrenden Autos verringern zu können. Die lokale Polizei, welche mit Strafen das Verhalten der KFZ-Lenker:innen nicht ändern kann, hat deshalb dem Bezirk im Sommer 2022 bauliche Eingriffe zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen, welche aber von der Bezirksverwaltung abgelehnt wurden.

Weil aber mehrmals pro Woche, besonders an Freitagen oder Samstagen, der Verkehr auf den Straßen zusammenbricht, schwächere Verkehrsteilnehmer:innen verdrängt und gefährdet werden, Abgase und Lärm die Wohnsituation negativ beeinträchtigen, ist ein

zügiges Einschreiten mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen die einzige Lösung für die Zukunft des Grätzels.

Datum der Einbringung:

26. Februar 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-277088-2023 GGK

Ausschusssitzung:

16. Juni 2023

8. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- der Bezirksvorsteherin für den 20. Wiener Gemeindebezirk, Frau Christine Dubravac-Widholm
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ - Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Brigittenau (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team HC Strache – Allianz für Österreich (HC)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
- der Wirtschaftskammer Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlungen an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima sowie
- den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, die Verkehrssituation am Hannovermarkt laufend zu evaluieren sowie weitere mögliche Begrünungs- bzw. Kühlungsmaßnahmen zu prüfen.

Darüber hinaus hat der Gemeinderatsausschuss für Petitionen in der genannten Sitzung beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, auszusprechen, Baumpflanzungen entlang der Hannovergasse und der Gerhardusgasse zu prüfen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 weiters beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da am Hannovermarkt bereits eine Vielfalt von Maßnahmen zur Verkehrsentlastung vorgenommen wurde wie z.B. die Errichtung einer Wohnstraße sowie Geschwindigkeitsbeschränkungen. Zudem ist die Einfahrt in die bestehende Tiefgarage am Brigittaplatz bereits jetzt ohne Umwegfahrten möglich.

7) Gemeinschafts-Park retten in der Wiener Josefstadt

Inhalt der Petition:

Mitten im Zentrum der dicht bebauten Wiener Josefstadt (Josefstädterstraße 79), angrenzend an die geschäftige, verkehrs-intensive Josefstädterstraße erstreckt sich ein großer, grüner Park über eine Fläche von mehr als 800m². Diese innerstädtische Oase besteht aus 15 Bäumen, Sträuchern, Obst und Gemüse Anbauten, diverser Blumen und bietet zahlreichen (auch seltenen) Singvögeln ein Zuhause. Der Garten hat von der Stadt Wien (MA22) sogar die Auszeichnung zur "Naturnahen Grün-Oase" verliehen bekommen. Die Bewohner der anliegenden Häuser nutzen diese kostbare Fläche intensiv; Generationen von Kindern spielen und spielten hier. Zusammenkünfte finden statt, alle erfreuen sich dem seltenen, lieb-gewonnen Flecken Natur in der Wiener Innenstadt. Nun ist dieser gemeinschaftliche Park in Gefahr. Der neue Haus-Eigentümer hat die unverzügliche Räumung angeordnet, unmittelbare Baupläne stehen im Raum. Wir befürchten eine illegale Vorab-Rodung der Bäume, um Platz für die Bau-Planung zu schaffen. Statt der (von der Stadt Wien ausgezeichneten) Grünoase soll, ein großes Mehrparteien Haus im Schnellverfahren "hin-betoniert" und so die Flora und Fauna zerstört werden. Dies gilt es zu verhindern! Der Achte Wiener Gemeinde-Bezirk ist einer der ohnehin am dichtesten bebauten Bezirke in Wien und hat jede Grünfläche dringend nötig. Die Sommer werden immer heißer, die Stadt heizt sich in hohem Maße auf; Einzig Grünzonen können hier Abhilfe schaffen und dienen zudem dem Erhalt der städtischen Tierwelt. Wir fordern: Den Erhalt und Schutz dieses wertvollen Gemeinschafts-Parks! Genauer: Da der Garten und Grünbereich nicht vollständig als "Gärtnerisch zu Gestaltente Grundstückfläche" gewidmet ist, fordern wir hier die Um-Widmung der gesamten Fläche zur "Gärtnerisch zu Gestaltente Grundstückfläche" und oder als Um-Widmung zum Parkschutzgebiet (SpK). Die Bäume gilt es ausnahmslos zu schützen. Wir fordern: Keine Ausnahmen zum Wiener Baumschutz-Gesetz. Gesunde Bäume sollen nicht gefällt werden, auch für ein etwaiges Bau-Projekt nicht.

Datum der Einbringung:

9. März 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-340952-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

14. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 8. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Martin Fabisch
- der in der Bezirksvertretung für den 8. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 8. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Bezirksvorsteherin Veronika Mickel – ÖVP – Bürgerforum Josefstadt (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 8. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 8. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 8. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der Wiener Umwelthanwaltschaft

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, auszusprechen, sich weiterhin für den Erhalt der Grünflächen und Bäume im Gemeinschaftspark auszusprechen und bei Bedarf dem Bauwerber umweltschonende Lösungsvorschläge anzubieten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans das Bauprojekt wegen der an den Bauwerber übermittelten Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen nicht verhindern kann und sich die Stadt Wien im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit aller Kraft für den Erhalt von Grünflächen und Bäumen in besagtem Gebiet einsetzt.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal zur Information weiterzuleiten.

8) Autofreier, begrünter Schulvorplatz Hainburger Straße 40

Inhalt der Petition:

Die Hainburger Straße ist eine zumeist ruhige Seitenstraße mit schönem Altbaumbestand. Leider ist ausgerechnet der Abschnitt vor der MS3 und der untere Abschnitt der Apostelgasse oft stark befahren, besonders in den Morgenstunden, wenn diese Strecke als Abkürzung zwischen Lände und Landstraße/Gürtel verwendet wird. Die Schüler:innen der MS3 und auch die Anrainer:innen des gegenüber liegenden Wohnparks sollen diesen Abschnitt zwischen der Apostel- und Messenhausergasse vollumfänglich nutzen können. Wir fordern daher, dass der Abschnitt der Hainburger Straße zwischen Messenhausergasse und Apostelgasse für den Autoverkehr stillgelegt und der Platz benutzbar, grün und autofrei gestaltet wird. Dabei sollen die Direktion, die Eltern und Schüler*innen in die Neugestaltung miteinbezogen werden.

Datum der Einbringung:

12. März 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-351784-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

16. Juni 2023

8. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des Bezirksvorstehers für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteher Erich Hohenberger (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Landstraße (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"

- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Direktion der Mittelschule Hainburger Straße 40

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger, auszusprechen, gemeinsam mit den Anrainer*innen ein Konzept für eine Neugestaltung zu entwickeln, welches die Aspekte der Entsiegelung, Begrünungsmaßnahmen, Mikrofreiräume mit Sitzgelegenheiten sowie die Beschattung in Form von Bäumen berücksichtigt.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da seitens des Bezirksvorstehers der Landstraße bereits die Entwicklung eines Konzeptes für eine Neugestaltung in Aussicht gestellt wurde.

9) Petition für Novellierung der Wiener Ratten-Verordnung

Inhalt der Petition:

Ohne unsere Hilfe sterben Feldhamster aus! Feldhamster sind die seltensten Hamster der Welt. In Österreich sind sie nur in Niederösterreich, im Burgenland und mitten im städtischen Wien zu finden. Ihre Bestände brechen seit Jahrzehnten ein, weshalb die Weltnaturschutzunion (IUCN) Feldhamster deshalb global als akut vom Aussterben bedroht eingestuft hat. Trotz strengen Schutzmaßnahmen, wie der Flora-Fauna-Habitats-Richtlinie (Anhang II und Anhang IV), der Berner Konvention und dem Wiener Naturschutzgesetz, wird der Schutz der verbliebenen Feldhamster auch hierzulande nicht ausreichend umgesetzt. Die Stadt Wien veranlasste bereits in zwei Gutachten, die Wiener Feldhamster intensiv zu untersuchen. Vor allem im 10., 11., 21. und 22. Bezirk leben demnach viele Tiere. Zuletzt wurden leider sowohl der Gesamtzustand der hiesigen Feldhamsterpopulation als auch ihrer Habitate als besonders schlecht eingestuft. Allein innerhalb der letzten 10 Jahre wurden mehrere Hamster-Vorkommen unwiederbringlich zerstört und für viele Gebiete wird angenommen, dass dort bereits innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Feldhamster mehr zu finden sein werden. Rattengift vergiftet Wiens letzte Feldhamster! Vor allem Wiens veraltete Verordnung zur Rattenbekämpfung macht den Feldhamstern zu schaffen. Entsprechend der Wiener Rattenverordnung müssen bereits beim Verdacht eines Rattenbefalls Maßnahmen zur Bekämpfung ergriffen werden. Rattenboxen werden deshalb in der Regel prophylaktisch eingesetzt. Damit andere Ratten nicht lernen, die Fallen zu meiden, setzt der Tod erst verzögert ein. Herkömmliches Rattengift stört deshalb die Blutgerinnung und lässt die Tiere innerlich verbluten. Bis sie endlich erlöst werden, leiden sie über Tage hinweg an Atemnot und Blutungen in den Gelenken und Organen. Andere Tiere sind dabei ebenso gefährdet, unbeabsichtigt vergiftet zu werden wie Kleinkinder. Auch Vergiftungen, die entstehen, weil vergiftete Beutetiere gefressen werden, sind möglich und bedrohen unter anderem unsere heimischen Greifvögel. Der Wiener Tierschutzverein hat rechtliche Schritte eingeleitet! Anfang letzten Jahres konnte der Wiener Tierschutzverein durch die toxikologische Analyse eines toten Feldhamsters eindeutigen Beweis liefern, dass auch Feldhamster durch Rattenboxen zu Tode kommen. Daraufhin wurde ein amtswegiges Prüfungsverfahren bei der Volksanwaltschaft angestoßen und auch ein Auftritt beim ORF Bürgeranwalt folgte. Nun wird juristisch geprüft, ob die aktuelle Wiener Rattenverordnung im Widerspruch zum strengen Schutzstatus der Feldhamster steht. Das amtswegige Prüfungsverfahren ist noch anhängig. Weiteres haben die 22. und die 28. Magistratsabteilung der Stadt Wien dem Wiener Tierschutzverein zugesichert, dass zumindest im 10. Bezirk keine Rattengiftköder auf öffentlichen Flächen mehr ausgelegt werden würden. Leider wurde Anfang November 2022 festgestellt, dass dem nicht so ist. Nur eine Novelle der Rattenverordnung kann Feldhamster dauerhaft schützen! Wenn es um den Schutz der Feldhamster geht, können wir uns nicht auf Beteuerungen verlassen! Wir brauchen dringend eine Novellierung der Wiener Ratten-Verordnung, um den Schutz der seltenen Tiere tatsächlich zu gewährleisten. Das Auslegen von Giftködern im Freien muss verboten werden, vor allem in Bezirken mit hohem Feldhamstervorkommen (10., 11., 21. und 22.). Wir fordern zudem, dass die Prüfung auf Rattenbefall durch Personen mit Wildtierbiologischem Hintergrund zu erfolgen hat. Damit können nicht nur Unwissenheit, sondern auch wirtschaftliches Interesse für eine

Giftauslegung ausgeschlossen werden. Da auch bei der Schädlingsbekämpfung zuerst auf mildere Mittel zurückgegriffen werden muss, fordern wir, dass endlich andere Ursachen für Rattenbefall wie undichte Kanalrohre beseitigt werden müssen, bevor tödliche Giftköder ausgelegt werden dürfen.

Datum der Einbringung:

16. März 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-375095-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

16. Juni 2023

18. September 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

6. Oktober 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- der Wiener Umwelthanwaltschaft

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker, auszusprechen, nach der Besprechung der entsprechenden Arbeitsgruppe(n) und Expert*innen für Schädlingsbekämpfung eine mögliche Novellierung der Ratten-VO zu prüfen.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 weiters beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport weiterzuleiten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da seitens der Stadt

Wien bereits mit Vertreter*innen der Landesinnung der Chemischen Gewerbe, Berufszweig Schädlingsbekämpfer, der Wirtschaftskammer Wien sowie mit internen und externen Feldhamsterexpert*innen Kontakt aufgenommen wurde, um die Feldhamster bestmöglich zu schützen.

10) Aufhebung des temporären Fahrverbotes in der Stammersdorfer Kellergasse

Inhalt der Petition:

Die grenzüberschreitende Landesstrasse (Wien/NÖ) L 3109 wird täglich von durchschnittlich 3200 KfZ/ 24h frequentiert. Sie stellt die kürzeste und wichtigste Verkehrsverbindung zwischen Wien und dem angrenzenden Niederösterreich dar, zumal die Erschließung der an der L 3109 liegenden Gemeinden durch das öffentliche Verkehrsnetz noch immer unzureichend ist (Bus 501). Der tägliche Pendlerverkehr, bedingt durch Beruf und Schulen (Schulzentrum Strebersdorf) erhöht die Verkehrsbelastung auf den Ausweichrouten erheblich. Durch diese Verkehrsumlagerung entstehen wesentliche zusätzliche Umweltbelastungen im betroffenen Gebiet, die aus Sicht der Klimaproblematik (CO₂ - Ausstoß, Lärmbelastung) höchst bedenklich sind.

Datum der Einbringung:

3. April 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-455474-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

14. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des Bezirksvorstehers für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 21. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team HC Strache – Allianz für Österreich (HC)"
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ

- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 21. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Georg Papai, auszusprechen, die Ergebnisse der von der Floridsdorfer Verkehrskommission gemeinsam mit der Verkehrsbehörde beschlossenen Evaluierung des temporären Fahrverbotes bei den zukünftigen Maßnahmen in der Stammersdorfer Kellergasse heranzuziehen und dabei besonders die Verkehrssituation auf den Ausweichrouten zu beachten.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da das temporäre Fahrverbot in der Stammersdorfer Kellergasse nach einem umfangreichen Prozess erst in diesem Jahr richtig gestartet wurde und ohnehin unter Einbeziehung von Expert*innen evaluiert wird.

11) Radschnellverbindung Brigittenau

Inhalt der Petition:

Schon 2007/2008 hat die Arbeitsgruppe Bürger*innenbeteiligung für das städtebauliche Leitbild Nordwestbahnhof eine sichere Radschnellverbindung zwischen Nussdorf und Prater auf der stillgelegten Gleistrasse der Nordwestbahn empfohlen[1]. Leider gibt es heute noch keine solche Verbindung, auf der RadlerInnen den 20. Bezirk ohne Begegnung mit sonstigem Verkehr in einem Stück von Norden nach Süden schnell und sicher durchqueren können. Eine derartige Verbindung würde nämlich vor allem Berufstätigen, die täglich schnell und pünktlich mit dem Rad zwischen Wohnung und Arbeit pendeln müssen, zugute kommen. Die geplante Auflassung der Nordwestbahngleise und der Umbau des Nordwestbahnhofs in ein Wohn- und Freizeitviertel bietet nach wie vor die einmalige Chance auf künftige Realisierung einer solchen Radschnellverbindung, da jetzt noch nichts verbaut ist. Die Stadt plant zwar, nach New Yorker Vorbild Trasse und Brücken der ehemaligen Nordwestbahn in einen "Highline-Park" vom Handelskai zum Bahnhofsareal umzubauen[2]. Laut Aussagen der Vorsteherin des 20. Bezirks[3] ist allerdings die Idee, die "Highline" als gemeinsamen Fuss- und Radweg zu nutzen. Wir sehen jedoch eine bauliche Trennung von Rad- und Fuß-Verkehr gemäß Richtlinien der RVS 03.02.13 [4] für Radschnellverbindungen als unbedingt erforderlich. Denn die Bahnanlagen und Brücken bieten mit mindestens 8 m Breite genug Platz, um sowohl eine Radschnellverbindung als auch einen - baulich getrennten - komfortablen Gehweg zu errichten. Die Stadt soll daher schon jetzt ein stadtplanerisches Konzept zur Realisierung einer sicheren Radschnellverbindung erstellen, die kreuzungs- und niveaufrei auf der Trasse der ehemaligen Nordwestbahn vom Brigittenauer Sporn zum ehemaligen Nordwestbahnhof, und dann ebenso kreuzungsfrei, getrennt vom Fußverkehr weiter durch das Bahnhofsareal bis zur Nordbahnstraße führt. Die sogenannte „Park-Esplanade“ als wichtigste Nord-Süd-Verbindung durch die „Grüne Mitte“ soll gemäß Leitbild Nordwestbahnhof[5] weiterhin ausschließlich dem Langsamverkehr, d.h. auch flanierenden Fußgänger*innen neben langsamen Radfahrer*innen (Ziel- und Quellverkehr) vorbehalten bleiben. Zusätzlich fordern wir für pendelnde Radfahrer*innen eine Verbindung zu den Innenstadtbezirken als Umfahrung westlich und/oder östlich des Nordwestbahngeländes bzw. der "Grünen Mitte", die an den Radweg auf der Nordbahnstraße anschließt. Generell soll die Radschnellverbindung nicht nur die städtischen Qualitätskriterien für Rad-Langstrecken[6] wie z.B. Vorrang und wenige enge Kurven erfüllen sondern auch weitere Kriterien wie etwa die der RVS 03.02.13 für Radschnellverbindungen, die ein zügiges und komfortables Vorankommen auf solchen Verbindungen ermöglichen: Nämlich beim Längsverkehr... • Trennung von Rad- und Fußverkehr • Radweg-Verkehrsraumbreite von 3-4m • Niveaufreie Querung von Hauptstraßen (d.h. bestehende Brücken in der Brigittenau erhalten und nutzen) • Mittellinie und Beleuchtung Beim Querverkehr (auch bei Abzweigen)... • Hauptstraßen: Möglichst (zwei Einrichtungs-)Radwege mit niveaufreier Querung • Seitengassen: Möglichst viele kleine Durchlässe für Rad & Fußverkehr • Auf- und Abfahrtsrampen (möglichst Bahndamm begleitend) bei querenden Haupttradrouten. Für die Erfüllung obiger Kriterien muss die Stadt darauf einwirken dass die Radwegplanung im neuen Nordwestbahnhofsviertel schon frühzeitig mitgedacht und in bereits erstellte Pläne

integriert wird. Weiters soll die Stadt jetzt - wie 2007/8 - die Bevölkerung im 20. Bezirk in die Planung einbeziehen z.B. über Grätzeltreffen und Gruppierungen der Zivilgesellschaft wie Radlobby Wien oder BI Nordwestbahnhof. Nur so werden die Planungsergebnisse von den Betroffenen auch mitgetragen. Schließlich sind die Bewohnerinnen und Bewohner eines Grätzels auch lokale Expertinnen und Experten wie auch Wiens Planungsdirektor Thomas Madreiter in einem Interview betont hat.

Datum der Einbringung:

6. Juni 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-721201-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

14. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- der Bezirksvorsteherin für den 20. Wiener Gemeindebezirk, Frau Christine Dubravac-Widholm
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ - Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Brigittenau (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS (LINKS)"
- in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Team HC Strache – Allianz für Österreich (HC)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC

- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Radlobby Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, hinsichtlich der zukünftigen Nachnutzung des Nordwestbahn Areals hochwertige Radwege bzw. Fahrradstraßen bei der Planung und Flächenwidmung zu berücksichtigen und dabei die Interessen der Bevölkerung ausgewogen miteinzubeziehen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine Benutzung der Bahntrasse als Radinfrastruktur erst in ca. 10 Jahren zu erwarten ist und bereits jetzt eine Attraktivierung des Radverkehrs auf diesem Areal in Aussicht gestellt wurde.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

12) Gegen die Verlängerung der Straßenbahnlinie 18 vom 3. Bezirk in den 2. Bezirk

Inhalt der Petition:

Die Straßenbahnlinie 18 soll nach den Planungen der Gemeinde Wien (die für die grundsätzliche Trassen- und Stationsplanung zuständig ist) vom 3. Bezirk in den 2. Bezirk zum Stadioncenter verlängert werden. Es ist zu bedenken, dass dadurch die Buslinie 77 A ersetzt werden könnte. Für die Anrainer und die Erholungssuchenden würde es bedeuten: Wegfall von ohnedies wenigen Parkplätzen – in den Gärten leben sehr viele ältere Menschen, die sich zusätzlich zum etwas entfernten, angemieteten Parkplatz ein Parkpickerl für die Stadionallee gekauft haben, um ihre Einkäufe auf dem kürzesten Weg nach Hause bringen zu können. Der Weg in die Gartenanlage ist für die meisten trotzdem noch weit und es ist eine Schleppelei, die oft kaum zu bewältigen ist. Darüber hinaus: Diverse Lieferanten und Besucher könnten in unmittelbarer Nähe nicht parken. Die nächsten Parkplätze wären weit entfernt! Die von den Wasserwiesenbewohnern dringend benötigten Anrainerparkplätze wurden vom Magistrat bereits abgelehnt. Weiters würde es die erholungssuchenden Menschen betreffen, die mit ihren Hunden die nahe gelegene Hundewiese aufsuchen. Es kommen viele Menschen vom anderen Ende der Stadt auf die größte Hundewiese Wiens (300.000 m²) und bewältigen diese Anreise mit dem Auto, da es mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Mit vielen Hunden in einer Straßenbahn, kaum denkbar, welche Probleme da aufbrechen würden! Die Menschen, die mit ihren Vierbeinern im 18er sitzen und gleich daneben Eltern mit ihren Kindern, die den Tag im Grünen verbringen wollen. Der Prater ist ein Naherholungsgebiet für Menschen aller Altersklassen. Eltern mit ihren Kindern suchen die Spielplätze, die mitten im Wald liegen, auf. Kinder lernen auf der Hauptallee Rad fahren. Da sind Schienen, die die Hauptallee queren, hinderlich und gefährlich. Fast jedes Wochenende wird die Stadionallee gesperrt, weil Läufe oder andere Veranstaltungen stattfinden. Der Bus kann derzeit problemlos umgeleitet werden, bei einer Straßenbahn wäre dies nicht möglich. Weiters ist unklar, ob die U-Bahnbrücke beim Stadion hoch genug für eine Straßenbahn ist. Wahrscheinlich würde es zu Baumfällungen kommen und dadurch zu Lärmbelästigungen für die Wildtiere in diesem Naturschutzgebiet führen. Es wird viel von Naturschutz gesprochen, aber die Handlungen zeigen in eine andere Richtung! Wo bleibt der Umweltgedanke? Der Autobus 77 A könnte, um dem umweltfreundlichen Gedanken nachzukommen, mit Biogas geführt werden oder es könnten E-Autobusse eingesetzt werden. Ich glaube, dass die Verantwortlichen sich keine Gedanken darüber machen, welche Konsequenzen die Weiterführung der Straßenbahnlinie 18 für die Anrainer und alle erholungssuchenden Menschen in diesem Gebiet hat. Die Steuergelder, die für die Streckenverlängerung der 18er Straßenbahn verwendet werden würden, könnten wesentlich sinnvoller und im Sinne der Steuerzahler eingesetzt werden.

Datum der Einbringung:

1. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-819115-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

14. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- des Bezirksvorstehers für den 3. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Erich Hohenberger
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Leopoldstadt (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteher Erich Hohenberger (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Landstraße (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 3. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- der Wiener Linien GmbH & Co KG

- des Vereinsvorstandes des KGV Wasserwiese
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlungen an:

- den amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke, auszusprechen, die im bisherigen Planungsprozess an den Tag gelegten hohen Standards der Wiener Linien GmbH in bewährter Weise, u.a. hinsichtlich der Aufwertung des Gebietes, der Verbesserung der öffentlichen Anbindung an Einkaufsmöglichkeiten sowie bei Großveranstaltungen und der Erreichbarkeit der Erholungs- und Sportanlagen im Prater auch in der weiteren Detailplanung beizubehalten und die Bezirksbevölkerung nach erfolgter Detailplanung zu informieren, um Befürchtungen zu Stellplatzverlusten, Baumfällungen und Lärmbelästigungen entgegen zu wirken.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Verlängerung der Straßenbahnlinie 18 ein den klimapolitischen Zielsetzungen entsprechendes wichtiges Vorhaben zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs darstellt, dessen Planung detailliert auf die unterschiedlichen Anforderungen und Problemstellungen eingeht.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke, ausgesprochenen Empfehlungen an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zur Information weiterzuleiten.

13) Wir wollen unseren Mistplatz wieder!

Inhalt der Petition:

„Wir wollen unseren Mistplatz wieder!“ Im 2. und 20. Bezirk leben rund 200.000 Menschen. Mitten auf der Insel gibt es den Mistplatz am Beginn der Dresdnerstraße und beim Schnittpunkt zu den neuen Stadtentwicklungsgebieten Nordbahnhof und Nordwestbahnhof, wo nach der Fertigstellung 40.000 Menschen leben werden. Diese Stadtteile sind bzw. werden nachhaltig gestaltet, Fuß- und Radverkehr haben Vorrang. So war der Mistplatz bis zur Schließung auch idealerweise zu Fuß, mit dem Rad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto erreichbar. Trotz einstimmiger Bezirksratsbeschlüsse im 2. und 20. Bezirk zum Erhalt des Mistplatzes Dresdnerstraße hält die MA 48 den Platz seit Beginn der Pandemie 2020 gesperrt. Wir fordern die umgehende Öffnung des Mistplatzes für private Personen mit Fuß, Rad und Auto. Gewerbebetriebe sollen weiterhin ihren Müll zu den großen Mistplätzen an der Peripherie der Stadt bringen. Idealerweise soll – wie von Anrainer:innen gewünscht – in der denkmalgeschützten Leichenhalle ein Reparaturzentrum untergebracht werden. Die MA 48 sagt, die Einfahrt wäre unzureichend. Von den 5 vorhandenen Einfahrten wurde bis zur Sperre des Mistplatzes nur eine Einfahrt genützt. Weiters argumentiert die MA 48, die Platzverhältnisse entsprächen nicht den Anforderungen an ein zeitgemäßes Mistplatz-Management. Dabei gibt es hinter und neben dem Platz Fläche genug, um den vorhandenen Mistplatz zu erweitern. Immer weniger Haushalte im innerstädtischen Bereich verfügen über ein Auto. Somit haben zehntausende Menschen in den Bezirken Leopoldstadt und Brigittenau die Möglichkeit verloren, ihren Sperrmüll und Sondermüll am Mistplatz abzugeben. Die Mistplätze sind ein Service der Stadt und sollten für alle Bewohner:innen gut erreichbar angeboten werden. Nicht zuletzt ist seit der Sperre feststellbar, dass die umliegenden Sammelplätze für Altkleider, Glas und „die gelbe Tonne“ von Sperrmüll (vom kaputten Toaster über alte Kinderwagen bis hin zu zerlegten oder auch nicht zerlegten Kästen, Regalen und dgl.) umringt sind, weil eben eine ordnungsgemäße Entsorgung im 2. und 20. Bezirk nicht möglich ist. Die Mistplätze an der Peripherie entsprechen nicht den Ansprüchen der Bewohner:innen und auch nicht den Klimazielen, denen sich die Stadt Wien verpflichtet hat. Wir – die Bewohner:innen – sollen nach dem Klimaschutzabkommen den individuellen Kfz-Verkehr in den nächsten Jahren halbieren. Und auch deshalb brauchen wir unseren Mistplatz wieder!

Datum der Einbringung:

3. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-819250-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

24. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der Bezirksvorsteherin für den 20. Wiener Gemeindebezirk, Frau Christine Dubravac-Widholm
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Brigittenau (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der ÖBB Holding AG

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, auszusprechen, einen dem modernsten Stand der Technik entsprechenden Mistplatz für den 2. und 20. Bezirk im Dialog mit beiden Bezirken bereitzustellen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Ein- und Ausfahrtssituation, der bestehende Denkmalschutz, das nicht mehr dem Standard

entsprechende Platzangebot verbunden mit einer steigenden Kund*innenfrequenz sowie weitere Sicherheitsgründe einer Wiedereröffnung entgegenstehen und ein geeigneter Standort für einen zeitgemäßen Mistplatz gesucht wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal zur Information weiterzuleiten.

14) NEIN zum Bau der 12er Straßenbahn durch die Vorgartenstraße

Inhalt der Petition:

Für die neue Straßenbahnlinie 12, die ab Herbst 2025 von der U6 Station Josefstädter Straße über eine bestehende Straßenbahnstrecke an den Nordwestbahnhof angebunden werden soll, soll ab Nordbahnstraße/ Taborstraße (Rebhangasse) eine 2,2 km lange Gleisstrecke über die Vorgartenstraße bis hin zur Hillerstraße (Umkehrschleife) errichtet werden.

Aktuell betragen die durch die Stadt Wien geschätzten Kosten 60 Millionen Euro. Dieses Steuergeld muss weit besser und sinnstiftender im öffentlichen Interesse verwendet werden als durch die Errichtung dieser neuen Straßenbahn.

Wenn öffentlicher Verkehr, wie hier, nicht notwendig ist, ist er weder ökologisch noch ökonomisch.

Die Grätzeln „Nordbahnviertel“ und „Stuwerviertel“ sind bereits mehr als ausreichend durch die Linien U1, U2, O, 5, 2, 11A, 11B und 82A an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden.

Die geplante Route des 12ers stellt daher keinen Mehrwert für die Menschen dar und schafft darüber hinaus auch keine neuen Verbindungen, die ohnehin bereits auch in kürzerer Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können.

Der Straßenbahnbau hat neben den enormen Kosten zahlreiche negative Auswirkungen auf Anrainer und Wohngegend wie:

- Zerstörung von bestehenden Grünflächen und Bäumen.
- Sicherheitsrisiko für Kinder insbesondere durch lange Bremswege einer Straßenbahn. Aufgrund der örtlichen Nähe zu drei Volksschulen, drei Kindergärten und dem Rudolf Bednar Park wird die Vorgartenstraße unzählige Male täglich von unseren Kindern alleine überquert.
- Extreme Lärmbelastung, auch im Hinblick auf die zunehmende Arbeitszeit im Homeoffice und Beeinträchtigung von Lebensqualität.
- Erhöhung des Verkehrsaufkommens mit vorprogrammierten Konflikten zwischen Straßenbahn, Rad und Auto sowie Staus und erhöhte CO2-Belastung.
- Einsatzfahrzeuge (Feuerwehr, Rettung, Polizei etc.) nutzen aufgrund der zahlreichen Sackgassen und Einbahnen, die zur Verkehrsberuhigung gemacht wurden, fast ausschließlich die geplante Straßenbahnstrecke um zu den einzelnen Wohnhäusern, sowie zu den Schulen, Kindergärten und zum Pflegezentrum Leopoldstadt zu gelangen.
- Enorme Reduktion der bestehenden Parkplätze.
- Verringerung der Gehsteigbreite.

Wir fordern die Einstellung dieses Bauvorhabens!

Nähere Informationen und Ausführungen sind im angehängten Informationspaket und in den sonstigen Beilagen ersichtlich. Auf der Seite der Online-Petition <https://www.openpetition.eu/at/petition/online/strassenbahnlinie-12-nicht-um-jeden-preis> haben unter der Rubrik „Kommentare“ bereits hunderte Anrainer ihre Ansicht zu dem Projekt geäußert.

Datum der Einbringung:

4. Juli 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-832070-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

24. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Leopoldstadt (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien

Empfehlung an:

- die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, auszusprechen, bei der geplanten Erweiterung des Öffi-Netzes Grünflächen und Bäume zu berücksichtigen, Augenmerk auf den Schutz vor Lärmemissionen und auf die verkehrsberuhigten Wohngebiete zu legen,

Anrainer*innen nach erfolgter Detailplanung zu informieren, sowie mögliche Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr zu veranlassen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Planung der neuen Straßenbahnlinie 12 eine hohe Sorgfalt bezüglich der Sicherheit, Lärmbelästigung, Parkplätze, Grünflächen, Bäume und Gehsteigbreiten erkennen lässt.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zur Information weiterzuleiten.

15) Veza-Canetti-Park

Inhalt der Petition:

Der Park wird von den umliegenden Kindergärten täglich frequentiert. Seit mindestens 40 Jahren ist dort nichts nennenswertes erneuert worden. Der Park macht einen stark heruntergekommenen Eindruck. Es gibt u. a. keine klare Trennung zwischen Sandkiste und Sitzbänken, wodurch der gesamte Sitzbereich mit Sand und Schmutz verunreinigt ist. Auf Initiative und Druck der Eltern, wurde ein einziges mal vor ein paar Jahren der Sand in der Sandkiste ausgetauscht. Der Bereich bei den Spielgeräten ist mit Holzschindeln ausgelegt. Bei Schlechtwetter und im Winter ist der gesamte Spielbereich unbenützlich. Die Bodengestaltung muss zukünftig allen Wetteranforderungen entsprechen. Deshalb soll der Boden bei den Spielgeräten mit dem EPDM Fallschutz Granulat ausgestaltet sein. Der Park hat großes Potential zu einem beliebten Grätzelpark für Jung und Alt im Herzen der Leopoldstadt zu werden.

Datum der Einbringung:

19. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-898425-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

7. Dezember 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 2. Wiener Gemeindebezirk Alexander Nikolai auszusprechen, eine eventuelle partielle Erneuerung bzw. Umgestaltung des Veza-Canetti-Parks anzudenken und dabei die Anregungen der Petitionseinbringer*innen miteinfließen zu lassen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Spielgeräte bereits einer umfangreichen regelmäßigen Kontrolle unterworfen sind sowie bezüglich einer teilweisen Erneuerung bzw. Umgestaltung des Veza-Canetti-Parks ein Gespräch seitens des Bezirksvorstehers angeboten wurde.

16) Klimafitte Blumberggasse: Weniger Durchzugsverkehr, mehr Begrünung

Inhalt der Petition:

Die Blumberggasse ist eine Seitenstraße der Thaliastraße und Teil des übergeordneten Wiener Rad-Grundnetzes. Im vergangenen Jahr wurden in der Blumberggasse einige bauliche Maßnahmen vorgenommen (Kreuzungsvorziehungen, Verbreiterung der Gehsteige und Radfahren gegen die Einbahn). Diese Anpassungen sind zeitgemäß und begrüßenswert, da sie die aktive Mobilität im Bezirk fördert und zur allgemeinen Verkehrssicherheit beiträgt. Dennoch gibt es zwei wesentliche Kritikpunkte an den Umgestaltungsmaßnahmen: Es wurde verabsäumt ein nachhaltiges Verkehrskonzept gegen den vorhandenen Durchzugsverkehr zu implementieren. Darüber hinaus gab es so gut wie keine Begrünungsmaßnahmen (lediglich 1 Baum wurde entlang der 350m langen Straße gepflanzt). Um das Grätzl klimafit zu machen und die gewohnt hohe Lebensqualität auch in Zukunft zu gewährleisten, fordern wir die politischen Entscheidungsträger:innen dazu auf, nachträgliche Adaptionen entlang der Blumberggasse durchzuführen: 1. Nachhaltiges Verkehrskonzept (z.B. durch Installation von Modalfilter und/oder Anpassung der Einbahnführung), das den motorisierten Durchzugsverkehr unterbindet und die Blumberggasse als Fahrradroute aufwertet 2. Weitere Begrünungsmaßnahmen mittels Bäumen sowie Gräser- und Staudenbeeten

Datum der Einbringung:

19. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-898537-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

7. Dezember 2023 (Einbringende Person hat Anliegen schriftlich erläutert)

11. Dezember 2023

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Herrn KR Peter Hanke
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Franz Prokop

- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Bezirksvorsteher Franz Prokop (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die neue Volkspartei Ottakring (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS-KPÖ (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 16. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "BIER - Die Bierpartei (BIER)"
- des Auto-, Motor- und Radfahrerbundes Österreich – ARBÖ
- des Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Clubs – ÖAMTC
- des VCÖ – Mobilität mit Zukunft
- der Mobilitätsagentur Wien GmbH
- der Landespolizeidirektion Wien
- der Wiener Linien GmbH & Co KG
- der Radlobby Wien

Empfehlung an:

- den Bezirksvorsteher für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Franz Prokop

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den Bezirksvorsteher für den 16. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Franz Prokop, auszusprechen, die Ideen der Petition aufzugreifen und weitere Maßnahmen hinsichtlich nachhaltigem Verkehrskonzept bzw. Begrünungsmaßnahmen im Grätzl um die Blumberggasse unter Bedachtnahme der vorhandenen Ressourcen und anderer im Bezirk laufender Projekte ins Auge zu fassen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da weitere verkehrsberuhigende und grünraumschonende Maßnahmen im Bereich der Blumberggasse in Aussicht gestellt werden.

17) Mistplatz Zwischenbrücken (Dresdnerstraße) 1200 Wien öffnen – JETZT

Inhalt der Petition:

Das eine Argument der MA48 zur Schließung „Um die Verbreitung des Corona-Virus (Covid-19) zu verhindern, ist dieser Mistplatz geschlossen“ ist nicht weiter aufrecht zu halten nachdem die Pandemie ja offiziell vorbei ist.

Diese Begründung hätte die Schließung aller Mistplätze in dieser Zeit notwendig gemacht! Die andere Begründung der Platz sei zu klein usw. hat vorher den Betrieb durch Jahrzehnte nicht beeinträchtigt. Wenn die Ein- und Ausfahrt für LKW beschwerlich ist, dann ist jedoch zumindest für privaten Bedarf die Zufahrt mit PKW / PKW mit kleinem Anhänger leichter machbar. Gewerblichen Nutzern mit entsprechenden Fahrzeugen ist ein Ausweichen nach 1190 oder 1220 Wien zumutbar. Ein angedachter Neubau in der Innstraße am ehemaligen und schon sehr verbauten Nordbahngelände wird mindestens 5 Jahre oder länger dauern, sofern überhaupt dort gebaut wird. Demnächst beginnt auch der Verbau der Nordwestbahngründe.

Beide Erweiterungsgebiete werden „autofrei bis autoarm“ geplant und errichtet, was weiteren Bedarf an einem zentralen Mistplatz bringt. Daher die Forderung:

Mistplatz Zwischenbrücken (Dresdnerstraße) 1200 Wien öffnen – jetzt

Begründung:

Für Anrainer, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind oder ältere, bzw. gebrechliche Personen ist das Erreichen des räumlich nächst gelegenen Mistplatzes in der Grinzinger Straße 151, 1190 Wien schier unmöglich. Öffentliche Mistplätze in Wien 21 oder 22 sind noch schwerer zu erreichen. Anrainer entsorgen ihren Mist im 2. und 20. Bezirk an dafür nicht vorgesehenen Plätzen, da nicht einmal eine provisorische Zwischenlösung umgesetzt wurde. Es ist nicht zumutbar, dass ein essentieller öffentlicher Dienst jahrelang für rund 200-tausend oder mehr Bewohner des 2. und 20. Bezirkes nicht zur Verfügung steht und das Gebiet mit Nordwestbahnhof- und Nordbahnhofgelände zusätzlich weiter verbaut wird,

während die Stadt Wien mit 1. Jänner 2022 die Tarife für die Müllabfuhr deutlich erhöhte. Es ist zu befürchten das für diese kommunalen Tarife es durch die derzeitige Inflation zu weiteren Erhöhungen demnächst kommt, da die Tarife Verbraucherpreis-Index gebunden sind. Siehe dazu Die Anpassung der Abgaben und Preise für kommunale Dienstleistungen wird in

Wien aufgrund der geltenden Valorisierungsregelung vorgenommen. Es wird regelmäßig geprüft, ob der Verbraucherpreisindex seit der letzten Erhöhung um drei Prozent oder mehr gestiegen ist. Falls ja, wird wieder erhöht.

Datum der Einbringung:

28. Juli 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-930917-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

24. November 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- der amtsführenden Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, Frau Mag.^a Ulli Sima
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des Bezirksvorstehers für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Herrn Alexander Nikolai
- der Bezirksvorsteherin für den 20. Wiener Gemeindebezirk, Frau Christine Dubravac-Widholm
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien Bezirksvorsteherin Uschi Lichtenegger (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 2. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "LINKS – KPÖ – Wien anders (LINKS)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Die Grünen – Grüne Alternative Wien (GRÜNE)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "Neue Volkspartei Brigittenau (ÖVP)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)"
- der in der Bezirksvertretung für den 20. Wiener Gemeindebezirk vertretenen wahlwerbenden Partei "NEOS – Erneuerung für Wien (NEOS)"
- der ÖBB Holding AG

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, auszusprechen, einen dem modernsten Stand der Technik entsprechenden Mistplatz für den 2. und 20. Bezirk im Dialog mit beiden Bezirken bereitzustellen.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Ein- und Ausfahrtssituation, der bestehende Denkmalschutz, das nicht mehr dem Standard entsprechende Platzangebot verbunden mit einer steigenden Kund*innenfrequenz sowie weitere Sicherheitsgründe einer Wiedereröffnung entgegenstehen und ein geeigneter Standort für einen zeitgemäßen Mistplatz gesucht wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal zur Information weiterzuleiten.

18) Einführung einer pflanzlichen Wahloption in den städtischen Kindergärten

Inhalt der Petition:

Wir, als Gruppe betroffener Eltern, möchten hiermit Ihre Aufmerksamkeit auf die Herausforderung lenken, mit der sich Eltern in Wien konfrontiert sehen, wenn sie ihren Kindern eine gesunde pflanzliche Ernährung auch im Kindergarten bieten möchten. Österreichweit ernähren sich etwa 160.000 Menschen rein pflanzlich, und davon leben rund 40.000 in Wien. Unter ihnen sind viele Familien mit Kindern. In Wien betrifft dies schätzungsweise 8.000 Kinder. Positiv zu erwähnen ist, dass die Stadt Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern mittlerweile täglich eine vegetarische Option anbietet. Trotzdem bleiben unseren Kindern beim aktuellem Speiseangebot in den meisten Kindergärten maximal die Beilagen. Dies entspricht keiner gesunden Ernährung. Kinder haben das Recht auf eine ausgewogene Ernährung, die ihren Bedürfnissen entspricht. Unser Anliegen betrifft das Wohl und die Ernährung unserer Kinder, die eine gesunde, vollwertige pflanzliche Verpflegung benötigen. Leider erleben wir Eltern immer wieder Gegenwind in Kindergärten, wenn wir unseren Kindern eine pflanzliche Verpflegungsoption ermöglichen möchten. Internationale Fachorganisationen wie die Academy of Nutrition and Dietetics [1] und die British Dietetic Association [2] bestätigen, dass eine gut geplante rein pflanzliche Ernährung in jeder Lebensphase, einschließlich der Kindheit, gesundheitsfördernd sein kann. Portugal hat bereits 2017 ein Gesetz verabschiedet, das öffentliche Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen die Bereitstellung einer pflanzlichen Option vorschreibt. Auch in Wien sind bereits einige Vorbilder zu finden, die zeigen, wie Betreuungseinrichtungen Kindern auch eine pflanzliche Wahloption bieten können. In einigen Mensen Österreichs, wie der Montanuniversität Leoben, drei Mensen der BOKU Wien, der Medizinischen Universität Graz sowie einigen mehr, werden bereit 40-50% der Hauptspeisen pflanzlich angeboten. Wir wenden uns mit der Bitte an Sie, eine gesunde, vollwertige pflanzliche Wahloption in allen städtischen Kindergärten einzuführen. Dies würde nicht nur den Bedürfnissen unserer Kinder gerecht werden, sondern auch die Vielfalt der Ernährungsoptionen in unserer Stadt fördern. Wir schlagen vor, die vegetarische Option durch eine rein pflanzliche Option zu ersetzen, um den logistischen Aufwand nicht unnötig zu vergrößern. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die vollwertigen pflanzlichen Optionen abwechselnd in die vegetarische oder in die andere Linie integriert werden. Wir appellieren an Sie als politische Entscheidungsträger:innen, unseren Wunsch zu unterstützen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass alle Kinder in den städtischen Kindergärten die Möglichkeit haben, sich gesund und nach ihren individuellen Bedürfnissen zu ernähren. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement für die Zukunft unserer Kinder. [1] „[vegan diets] are appropriate for all stages of the life cycle, including pregnancy, lactation, infancy, childhood, adolescence, older adulthood, and for athletes.“ (Melina, V., Craig, W., & Levin, S. (2016). Position of the Academy of Nutrition and Dietetics: vegetarian diets. *Journal of the Academy of Nutrition and Dietetics*, 116(12), 1970-1980.) [2] „Plant-based diets can support healthy living at every age and life stage.“ (British Dietetic Association, April 2021. Food Fact Sheet – Vegetarian, Vegan and Plant-Based Diet. <https://www.bda.uk.com/uploads/assets/3f9e2928-ca7a->

4c1e-95b87c839d2ee8a1/56b7e139-e1fd-482b-bb35f4d148290af9/Plant-based-diet-food-fact-sheet.pdf (Zugegriffen: 30.08.2023.)

Datum der Einbringung:

19. September 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1157175-2023 GGK

Ausschusssitzungen:

6. Oktober 2023

7. Dezember 2023 (Einbringende Person hat Anliegen erläutert)

11. Dezember 2023

12. Jänner 2024

Stellungnahmen:

- des amtsführenden Stadtrates für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA
- des amtsführenden Stadtrates für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Mag. Jürgen Czernohorszky
- des amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport, Herrn Peter Hacker
- des Instituts für Ernährungswissenschaften der Universität Wien

Empfehlung an:

- den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA, auszusprechen, auch in Zukunft darauf zu achten, dass in den Kindergärten der Stadt Wien eine optimale und abwechslungsreiche Versorgung der Kinder mit allen notwendigen Nährstoffen sichergestellt ist.

Abschließende Beantwortung an die einbringende Person (Auszug):

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2023 beschlossen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Auswahl der Speisen in den Kindergärten der Stadt Wien den aktuellen Empfehlungen der Ernährungswissenschaft entspricht und von der Österreichischen Gesellschaft für Ernährung (ÖGE) zertifiziert ist, sowie die nationale Ernährungskommission (NEK) im Kindes- und Jugendalter von veganer Ernährung abrät.

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen hat in seiner Sitzung am 12. Jänner 2024 beschlossen, die an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Herrn Christoph Wiederkehr, MA, ausgesprochene Empfehlung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz zur Information weiterzuleiten.

A.2 Unzulässige Petitionen

Bei folgenden im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 abschließend behandelten Petitionen war keine Angelegenheit der Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke bzw. keine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Verwaltung des Landes Wien im Sinne der Art. I § 1 Abs. 1 Z 2 bzw. Art. II des Gesetzes über Petitionen in Wien betroffen, weshalb der Petitionsausschuss die Unzulässigkeit dieser Petitionen beschloss.

1) Projekt Seilbahn auf den Kahlenberg

Inhalt der Petition:

Ich bin gegen dieses Projekt da in einem Landschaftsschutzgebiet wie der Donauinsel keine Verbauung stattfinden sollte. Das ist ein Erholungsgebiet in der Natur und sollte nicht mit Park-&Ride für über 600 Autos verunstaltet werden!!! Gerade in Zeiten des täglich erwähnten Klimawandels seitens der Regierung und den Medien sollte KEIN GRÜNLAND das zur Erholung dient geopfert werden.... nur damit irgend ein Betreiber wieder Geld scheffeln kann.

Datum der Einbringung:

18. Mai 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-642574-2023 GGK

Ausschusssitzung:

6. Oktober 2023

2) REGULIERUNG VON FREQUENZEN UND SCHALLDRÜCKEN FÜR MARDER- UND KATZENSCHRECKS

Inhalt der Petition:

Unterschiedliche Anbieter verkaufen Katzenschrecks und Marderschrecks im hörbaren Frequenzbereich. Diese werden zum Teil bereits ab 13,5 kHz betrieben und sind somit für viele Haustiere und jüngere Mitmenschen nicht nur deutlich hörbar, sondern regelrecht unangenehm. Erst ab 23,5 kHz liegt der Ton knapp außerhalb der Hörgrenze der meisten Menschen. Viele der Geräte werden außerdem mit einem hohen Schalldruckpegel von bis zu 135 dB betrieben. Dies liegt bereits in einem Bereich, in welchem es zu bleibenden Gehörschäden kommen kann. Besonders nachts bedeutet das bei geöffneten Fenstern im Stadtgebiet Wien eine andauernde Störbelastung. Marder- & Katzenschrecks im Bereich 35-50 kHz und mit einem maximalen Schalldruckpegel von 80 dB erscheinen vollkommen ausreichend, um Marder und Katzen zuverlässig fernzuhalten, belästigen (jüngere) Menschen aber nicht. Daher sollen diese Geräte per Gesetz auf maximal 80 dB begrenzt werden und erst ab einer Frequenz über 30 kHz verkauft und betrieben werden dürfen.

Datum der Einbringung:

10. Juni 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-730554-2023 GGK

Ausschusssitzung:

6. Oktober 2023

3) Autofreier Tag

Inhalt der Petition:

Ein verpflichtender autofreier Tag könnte einen notwendigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele der Stadt leisten. Selbstverständlich sollten Einsatzkräfte und Fahrten für Notfälle ausgenommen sein. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt nicht zu gefährden, wäre ein Wochenendtag ideal (zB. erster oder letzter Sonntag im Monat). Um mit dem autofreien Tag breite Bevölkerungsschichten für klimafreundliche Mobilität zu gewinnen, sollte die Benützung der Öffis an diesem Tag kostenlos sein. Eine breite Informationskampagne könnte der Bevölkerung niederschwellig die Klimakrise erklären und weitere positive Effekte dieser Verkehrsberuhigung (weniger Schadstoffe, gerechtere Verteilung des Straßenraumes, weniger Lärm, weniger Unfälle, aktive Mobilität senkt Gesundheitskosten) auf vielfältige Art und Weise kommunizieren. Die Forderung nach einem verpflichtenden autofreien Tag in Österreichs Städten wurde im repräsentativen Bürgerbeteiligungsformat des Klimarats von 84 zufällig ausgewählten ÖsterreicherInnen formuliert und einstimmig angenommen. Mit einer zügigen Umsetzung könnte die Stadt Wien beweisen, dass viel #Klimamusterstadt in ihr steckt und dass das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 ernst gemeint ist.

Datum der Einbringung:

19. Juli 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-894891-2023 GGK

Ausschusssitzung:

6. Oktober 2023

4) Die Zukunft des KunstQuartier Wien Meidling sichern!

Inhalt der Petition:

Seit etwa 15 Jahren gibt es das KunstQuartier Wien Meidling (KQWM) an seinem momentanen Standort in der Aichholzgasse 51-53, 1120 Wien. In 65 Ateliers finden ca. 70 Künstler:innen ihren Arbeitsplatz. Die Multikulturalität und die interdisziplinären Arbeitsweisen sind ein integraler Bestandteil der Hausgemeinschaft und bereichern durch unterschiedliche Veranstaltungen und Initiativen die Nachbarschaft. Über die Jahre hat sich eine dynamische Zusammenarbeit zwischen den Künstler:innen, die im Haus arbeiten - und darüber hinaus - entwickelt, die sich immer stärker durch gemeinsames, selbstbewusstes Auftreten nach außen zeigt. Der Plan der Hauseigentümer:innen sieht einen Abriss, bzw. Umbau des Hauses zu Eigentumswohnungen in den nächsten Jahren vor. Das würde bedeuten, dass sich auf einen Schlag um die 70 Künstler:innen einen neuen Arbeitsplatz suchen müssen, was das ohnehin heiß umkämpfte Angebot an leistbaren Ateliers, belasten würde und die Gefahr besteht, dass viele der jetzt im KQWM arbeitenden Künstler:innen kein Ausweichquartier finden werden. Dazu kommt, dass in einigen Ateliers des KQWM schwere Maschinen und/oder große Geräte stehen, die bei einem Umzug erst einmal einen Platz finden müssten. Ziel der Petition ist es, den Wiener Gemeinderat mit den Möglichkeiten zu befassen, das Haus in der Aichholzgasse 51-53 in seiner jetzigen Nutzung zu erhalten und weiterzuführen, bzw. ein entsprechendes Ausweichquartier (bevorzugter Weise in Meidling) zu finden. In beiden Fällen steht aber im Vordergrund, dass die Nutzungsdauer eine längerfristige Perspektive hat oder idealerweise die Mietverträge unbefristet sind. Hierfür scheint es nötig, dass sich die Stadt Wien mit den Hauseigentümer:innen in Verbindung setzt, Gespräche führt und in Verhandlungen tritt. Das derzeitige Mietverhältnis zwischen den Eigentümer:innen und den Mieter:innen ist mit Möglichkeit der Verlängerung auf 1 Jahr befristet, was eine langfristige Planung verunmöglicht, die dynamische Entwicklung der Gemeinschaft erschwert und viel Planungsenergie darin investiert wird, den Abriss des Gebäudes zu verhindern bzw. ein Ausweichquartier zu finden und einen evtl. baldigen Umzug zu organisieren.

Datum der Einbringung:

20. September 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1158573-2023 GGK

Ausschusssitzung:

6. Oktober 2023

5) Anpassung im Paragraf 5 WMG

Inhalt der Petition:

Ich halte es für ungerecht, dass in diesem Paragraph diejenigen nicht erfasst sind, die den Status des Vertriebenen nach § 62 AsylG 2005 haben. Um die Überlastung des Asylsystems zu vermeiden, wurde die Möglichkeit vorgesehen, Aufenthaltsbewilligung ohne Anhörungen Fluchtgründe aus dem Herkunftsland zu erteilen. Massenflucht Ausländer aus ihrer Herkunftsland, aufgrund desselbe Ursache. Wer aus Kriegsgründen sein Heimatland verlässt, hat grundsätzlich Anspruch auf subsidiären Schutz (§ 8 AsylG). Auch der subsidiäre Schutz hat keinen Anspruch auf normale Aufenthaltsbewilligung (§ 8 Abs 4 AsylG), aber die Inhaber dieses Status haben jedoch Anspruch auf Mindestsicherung. Ausweis für Vertriebene erfüllt die Funktion eines Reisepasses (§ 62 Abs 4 AsylG). Unter den Vertriebenen gibt es auch besonderen sozial schutzbedürftige Menschen, die aufgrund ihrer konkreten Lebensumstände auf Hilfe angewiesen sind. Einschließlich behinderten. Der gesetzliche Status des Vertriebenen begründet das Recht auf eine kurze Aufenthaltsbewilligung, mit der Möglichkeit Verlängerungen. Dies ist nicht gleichbedeutend als einer Schutzverweigerung mit Ausreisepflicht Österreich. Dieser Status berechtigt nach § 62 AsylG, und gab die Möglichkeit auf Arbeit, Grundversorgung, Krankenversicherung...

Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich bestätigen, dass selbst eine nicht einfache Behandlung meines kranken Zahnes bei vier Besuchen den ÖGK-Zahnärzten für mich in Österreich völlig kostenlos und problemlos durchgeführt wurde. Die Probleme lagen im Rahmen der groben Haltung mir gegenüber. Wenn man berücksichtigt noch die Schweiz wird, wo ich mit der Behandlung dieses Zahnes begonnen habe, waren es mindestens 5 Besuche. In Deutschland und der Schweiz hatte ich das solches Privileg nicht, da ich dort keine Ausweis für den Vertriebene hatte.

Sowie das Überschreiten der Grenzen anderer EU-Länder und wahrscheinlich auch zeitlich unbegrenzte Auslandsaufenthalte mit diesem Ausweis in anderen EU-Ländern. Im Fall von Bürgern der Ukraine.

Wenn es die Umstände erfordern, können die Wiener Behörden diese Petition dem Bundesparlament zur Prüfung vorlegen.

Datum der Einbringung:

25. September 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1178506-2023 GGK

Ausschusssitzung:

11. Dezember 2023

6) Nein zur Halle! - St. Marx für Alle

Inhalt der Petition:

Sehr geehrter Herr Ludwig!

Sehr geehrter Herr Hanke!

Sehr geehrter Herr Hohenberger!

Unsere Petition richtet sich gegen den Bau der Wien-Holding-Arena, denn wir sagen:
Nein zur Halle! – St. Marx für Alle

Auf dem Areal des ehemaligen Schlachthofs, zwischen Maria-Jacobi- und Karl-Farkas-Gasse, erstreckt sich eine riesige Freifläche in St. Marx – ein Gelände, welches der Wien Holding GmbH und somit der Stadt Wien gehört. Geplant ist an dieser Stelle der Bau einer riesigen Halle für Kultur- und Sportevents, die 20.000 Personen fassen soll. Der Baubeginn, zunächst für 2021 geplant, wurde aufgrund der Coronapandemie sowie mangels eines privatwirtschaftlichen Partners immer wieder verschoben. Auch im Februar 2023 ist noch immer offen, wann es los gehen soll. Es ist unklar, ob die Stadt Wien mittlerweile einen Investor gefunden hat, der die Kosten (rund 750 Mio. Euro) trägt sowie als Betreiber der Halle fungiert.

Ein Gebäude dieser Größe an diesem Ort zu errichten, bedeutet viele Nachteile für die Anrainer:innen. Zunächst jahrelanger Baulärm und nach Fertigstellung regelmäßige Licht- und Lärmbelästigung. Die Massen an Besucher:innen führen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen für das der Bezirk nicht gewappnet ist.

Während das Projekt Eventhalle noch stillsteht, bewegt sich auf der Freifläche St. Marx sehr viel.

Ein Gemeinschaftsgarten, ein Basketballplatz und ein selbst gebauter Skatepark sind selbstverwaltete Projekte vor Ort, bei denen sich Menschen frei von Konsumzwängen begegnen. Viele Menschen nutzen diesen städtischen Freiraum für Spaziergänge, Ballspiele, Baulückenkonzerte, Flohmärkte, Ausstellungen, Theaterstücke, Partys und vieles mehr.

Unabhängig von Generation, Klasse, Herkunft und Geschlecht eignen sich Menschen diese Freifläche an, schreiben sich ein durch diverse Aktionen und übernehmen Verantwortung für diesen Ort. All dies, sowie die kostenlose Arbeitskraft unterschiedlichster Akteur:innen, führt zu einer Standortaufwertung in St. Marx. Die Freifläche lebt, lädt Alle dazu ein Teil zu haben und wird so zu einem Laboratorium des Ausprobierens und der Begegnung. St. Marx ist bereits ein Veranstaltungsort – ohne Eintrittskarte und für Alle! Ein Event in der geplanten Halle wird wohl kaum für freie Spende zu sehen sein. Mit dem Bau der Eventhalle würde dieser Begegnungsort der Kommerzialisierung zum Opfer fallen und ein exklusiver Ort für zahlende Gäste werden.

DESHALB FORDERN WIR:

- o Die Wien Holding-Arena wird nicht an diesem Standort gebaut.
- o Selbstverwaltete Zwischennutzungsprojekte bleiben erhalten.
- o Mehr Platz für weitere selbstverwaltete Projekte.
- o Öffentliche Grünflächen und Erholungsmöglichkeiten auf dem Gebiet.

Datum der Einbringung:

11. Oktober 2023

Form der Einbringung:

Papierform

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1251301-2023 GGK

Ausschusssitzung:

11. Dezember 2023

7) Stopp dem gesundheits- und klimaschädigenden Flugverkehr!

Inhalt der Petition:

Sehr geehrte politisch verantwortliche Entscheidungsträger:innen! Jahrelang war ich dem zunehmenden gesundheits- sowie klimaschädigenden Flugverkehr über 1060 Wien ausgesetzt! Da mein Leben unerträglich wurde, musste ich meine Wohnung aufgeben und wegziehen! Da der jahrelange Protest keinerlei Wirkung zeigte, fordere ich alle politisch Verantwortlichen erneut auf: * die Bürger:innen über die massive Zunahme des Flugverkehrs ebenso aufzuklären, wie über die gravierenden Folgen für Gesundheit, Lebensqualität und Erkrankungsrisiken * den zunehmenden Flugverkehr in alle Klimaschutzmassnahmen einzubeziehen und die Bürger:innen darüber zu informieren * die staatlichen Schutzfunktionen für alle Bürger:innen in Bezug auf Gesundheit, Lärmbelastung, Entwertung der Wohnumgebung/Eigentum, dringend wahrzunehmen * nicht zuzulassen, dass wirtschaftliche Interessen (Bau der 3. Piste, Kampf von Billigfluglinien u.a.m.) über der Gesundheit und Lebensqualität der Bürger:innen stehen! Ich starte die Petition und bitte um deren Unterzeichnung, weil auch in anderen Bezirken (z.B. 1050/1100/1120/1130/1140/1150/1160/1230 Wien) kein Mensch über Tage und Wochen völlig ungeschützt nachfolgender Situation ausgesetzt sein darf: * Flugzeiten mit täglich bis zu 14 Stunden Lärmbelastung (7 Uhr bis 21 Uhr) * Flugintervalle von ca. 2 Minuten * Luftverschmutzung/drastische Verschlechterung der Luftqualität * leben bei geschlossenen Fenstern, auch bei Schönwetter/extremer Hitze * Nutzung der Wohnung/Balkon/Garten wegen Lärm/Verschlechterung der Luftqualität teils nicht mehr möglich Die Belastungssituation einzelner Menschen ist natürlich in die Gesamtsituation der Klimakrise eingebettet. Wenn insbesondere der Billigflugverkehr innerhalb Europas zunimmt (z.B. mit €120,00 von Wien nach Amsterdam) und die vielen Privatjets z.B. gerne an die Cote d'Azur fliegen, dann ist die Ignoranz gegenüber der Klimakrise erschreckend. Kämpfen wir gemeinsam für unsere Gesundheit, unser Lebensumfeld und gegen die Klimakrise! Danke! Anneliese Erdemgil-Brandstätter

Datum der Einbringung:

12. November 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1371410-2023 GGK

Ausschusssitzung:

11. Dezember 2023

8) Verpflichtende Dokumentation für den Einsatz von Sirenen der Einsatzkräfte

Inhalt der Petition:

Die Lärmemissionen durch die Folgetonhörner der Einsatzkräfte haben in den letzten Jahren extrem zugenommen. Mittlerweile sind sie für viele BürgerInnen, vor allem für jene, die an Verkehrsstraßen wohnen, zu einer starken psychischen Belastung geworden. Wir fordern eine öffentlich zugängliche Dokumentation der Einsatzkräfte, wann sie wofür die Folgetonhörner einsetzen. Damit soll dieser Belastung Einhalt geleistet werden.

Datum der Einbringung:

14. November 2023

Form der Einbringung:

Elektronisch

Aktenzahl der Behandlung der Petition im Petitionsausschuss:

MA 62-1386381-2023 GGK

Ausschusssitzung:

11. Dezember 2023

B. Petitionen mit weniger als 500 Unterstützungserklärungen

Gemäß § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. für Wien Nr. 2/2013 idgF., ist die Abgabe von Unterstützungserklärungen bis zum Ablauf eines Jahres ab der Veröffentlichung einer eingebrachten Petition im Internet möglich.

Folgende 13 Petitionen erreichten binnen Jahresfrist nicht die erforderlichen 500 Unterstützungserklärungen im Sinne des § 1 Abs. 5 des Gesetzes über Petitionen in Wien:

1) Sicherer Schulweg zum BIG - Bundesinstitut für Gehörlosenbildung, Maygasse 25

Inhalt der Petition:

Derzeit gibt es keinen Zebrastreifen oder sicheren Übergang am Schulweg in der Riedelgasse. Alle Kinder, die aus Richtung Rosenhügel zur BIG Schule kommen, müssen die Straße an einer ungesicherten Stelle überqueren. Der Übergang am Rosenhügel ist nicht nutzbar, da der Gehweg auf dieser Straßenseite nicht durchgängig zur Meilergasse führt, sondern bereits kurz nach der Gallgasse endet. Wir fordern für die Sicherheit unserer Kinder eine Bodenwelle und einen Zebrastreifen!

Datum der Einbringung:

21. Juni 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

2) Errichtung einer öffentlichen Musikschule in Währing

Inhalt der Petition:

Wir fordern eine öffentliche Musikschule für Währing. Musik und das Erlernen eines Instrumentes helfen Kindern und Jugendlichen, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft zu entwickeln. Sie fördern Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit. Junge Menschen erlernen so die Schlüsselqualifikationen, die sie für ein selbstbewusstes und selbst bestimmtes Leben brauchen. Angesichts der genannten Vorteile für Kinder und Jugendliche ist es ein öffentlicher Bildungsauftrag ALLEN Kindern einen niederschweligen Zugang zur Musik zu ermöglichen und nicht nur denen die sich den Privatunterricht leisten können. Währing hat 51.497 Einwohner, 31 Schulen und 41 Kindergärten hat KEINE öffentliche Musikschule. Wien ist in Österreich Schlusslicht, wenn es um das musikalische Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche geht: Es gibt für 23 Bezirke nur in 15 Bezirken öffentliche Musikschulen. Anzahl der Musikschulplätze pro 1000 EW 2018/19 in den Bundesländern (lt. Statistik Austria) • NÖ 57,3 Schüler/1000 EW, • OÖ 37,5/1000 EW, • Wien 11,8/1000 EW. Es mangelt keinesfalls an der Nachfrage an Musikschülern, im Vorjahr waren Wien weit 6100 Kinder auf der Warteliste gereiht, wo sie mangels verfügbarerer Plätze bleiben, bis sie entweder aus dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind oder das Interesse am Erlernen eines Instruments wieder verloren haben. Alarmierend ist auch dass es nur an 26 Volksschulen von insgesamt 300 Volksschulen in Wien "Elementares Musizieren für ganze Volksschulklassen" ("Elemu") gibt, Und danach ist das Ende der öffentlichen musikalischen Ausbildung erreicht. Ein Missstand der dringend behoben werden muss in der Stadt, die von sich behauptet die "Welthauptstadt der Musik" zu sein und eine Aufforderung dem öffentlichen Bildungsauftrag gemäß eine genügende Anzahl von Musikschulen und Musikschulplätzen zur Verfügung zu stellen.

Datum der Einbringung:

16. August 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

3) Mehr Bäume gegen Hitze

Inhalt der Petition:

Bäume braucht die Stadt!

Datum der Einbringung:

27. August 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

4) Fahrradstrasse

Inhalt der Petition:

Leider ist es so das in dieser Straße der Überholabstand nicht gewährleistet ist. Als Fahrradfahrer wird man des Öfteren oder fast tgl. vor (der meist roten Ampel) bedrängt und oder mit sehr geringen Seitenabstand überholt. Danach beschimpft und mit Gewalt bedroht. Auch wenn man die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einhält. Das Errichten einer Fahrradstraße wäre Kostengünstig und würde für Sicherheit sorgen. Bitte daher dies in die Wege zu leiten um die Sicherheit der Fahrradfahren Bevölkerung zu verbessern.

Datum der Einbringung:

12. September 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

5) Parkverbot vor Hauseingängen in allen Wiener Wohn- und Spielstraßen

Inhalt der Petition:

Die Wohn- und Spielstraßen in Wien unterscheiden sich de facto nur laut Gesetzestext von allen anderen Straßen der Stadt. Es gilt Fahrverbot (Ausnahme: AnrainerInnen, ZustellerInnen, Blaulichtorganisationen, etc.) und Schritttempo. Ansonsten wird auch dort und in gewohnter Weise, der öffentliche Raum - der eigentlich allen BewohnerInnen und AnrainerInnen zur Verfügung steht - zum Schleuderpreis als Abstellplatz an KFZ privatisiert (ca. 10€/Monat). Platz der denen, die dort tatsächlich wohnen und sich aufhalten fehlt. Von der Utopie spielender Kinder ist man weit entfernt. Die gibt es nur auf den blauen Schildern, die dort einen rein dekorativen Zweck erfüllen und bestenfalls als Serviervorschlag zu verstehen sind: sowohl für diejenigen die sich tatsächlich mal mit einem Ball dorthin verirren, oder jene, die in verlässlich überhöhter Geschwindigkeit die Straße als Abstecher missbrauchen. Ein einfacher Grund warum die Straßen nicht oder nur schwer benutzt werden können ist, dass sie wegen der in Reih und Glied abgestellten KFZ oft nicht leicht zu betreten sind. So wird allen AnrainerInnen der Zugang zur Straße oder ihren Häusern durch den zugeparkten Bereich neben der Gehsteige zusätzlich erschwert. Und das, obwohl die Flächenverteilung ohnehin schon ungerecht und zu Gunsten privater PKWs ausfällt. So bleibt Personen mit Kinderwägen, Menschen mit Gehbehinderung, HandwerkerInnen, Zustelldiensten, RadfahrerInnen oder AnrainerInnen mit Einkäufen und Gepäck oft nichts anderes übrig als mehrere Autolängen in die entgegengesetzte Richtung zu laufen, um zum gewünschten Hauseingang zu kommen. Deswegen fordere ich die verantwortlichen Stellen dazu auf, mit dieser sehr einfach umzusetzenden und kostengünstigen Lösung, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität für AnrainerInnen und BewohnerInnen von Wohn- und Spielstraßen zu leisten.

Datum der Einbringung:

12. September 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

6) Meidlinger Hauptstraße zur Begegnungszone machen

Inhalt der Petition:

Die Meidlinger Hauptstraße ist nun schon seit vielen Jahren eine Fußgängerzone und ich glaube alle Bewohnerinnen rund um die Hauptstraße lieben diese, auch wenn Sie etwas mehr „Grün“ (Pflanzen und Bäume) vertragen könnte. Aber der unterste Abschnitt wird leider viel über die Arndstrasse und Niederhofstraße mit KFZs und Motoräder befahren. Wenn das Ganze Gebiet rund um die Meidlinger Hauptstraße als Begegnungszone (Fahrradstraßen) umgestaltet werden würde hätten Radfahrerinnen und Fußgängerinnen mehr Möglichkeiten sich zu entfalten, Weniger Co2 Emissionen, Lärm und weniger Hitze wären das Resultat. Wenn Autofahren uninteressanter wird und gleichzeitig Fahrradfahren sicherer, wird die Bevölkerung das auch sicher annehmen (siehe Paris, Kopenhagen, Amsterdam, Barcelona uvm). Das Reststück der Meidlinger Hauptstraße als Begegnungszone zu gestalten würde Möglichkeiten für Begrünungen schaffen und den Lebensraum 100prozentig verbessern und gleichzeitig den öffentlichen Verkehr nicht behindern.

Datum der Einbringung:

12. September 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

7) Modell-Bezirk ohne motorisierten Individualverkehr

Inhalt der Petition:

Es darf an dieser Stelle auch explizit auf die neuesten Forschungen über den Reifenabrieb hingewiesen werden, dem wir alle durch den motorisierten Individualverkehr ausgesetzt sind und seine humantoxikologischen Auswirkungen. Neurodegenerative Erkrankungen (Alzheimer, Parkinson etc.) werden lt. Studien schon bei Kindern im Stadtgebiet in Erststadien häufiger nachgewiesen, da Mikroplastik erwiesenermaßen bis ins Gehirn vordringt. Berichte und Reportagen darüber gibt es auch im ORF. Real sind auch die Unfallstatistiken der letzten Jahrzehnte. Hier ist Gefahr im Verzug. Unzureichendes Handeln ist als grob-Fahrlässig zu werten und die Politik darf sich nicht auf Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat oder auf Bundesebene berufen. Allen Menschen wird ein Mobilitätskonzept aufgezwungen, das wissenschaftlich, gesellschaftlich und politisch ein Auslaufmodell ist. Sowohl Fußgänger:innen als auch Radfahrer:innen sind die klaren Benachteiligten. Es herrscht eine, durch die einflussreiche Automobilindustrie auch medial gestützte, Situation der Tyrannei, die nicht mehr hinzunehmen ist. In vielen innerstädtischen Bezirken, in denen die öffentliche Infrastruktur gut ist, und keine Notwendigkeit besteht ein Auto für private Zwecke zu nutzen, lehnt oftmals die Mehrheit den motorisierten Lebensstil ab. Dennoch gibt es in Wien keinen einzigen Ort, an dem Menschen nicht durch die Verwerfungen des motorisierten Individualverkehrs belästigt werden. Diese sind unter anderem:

- Gesundheitsschädigung durch Abgase und Reifenabrieb
- Lärmbelästigung
- Platzverbrauch und Verkehrsunfälle mit Dritten, enorme Gefahr für Fußgänger:innen und Radverkehr.
- Gesellschaft: Die komplette Vereinnahmung des öffentlichen Raumes von einem Teil der Gesellschaft.
- Klimawandel
- Bewegung kommt zu kurz. Dies schadet vor allem der mentalen Gesundheit und der körperlichen Fitness.

Motorräder, die noch immer mit Verbrennungsmotor betrieben werden, sind aufgrund der gewaltigen Lärm- und Abgas-Belästigung komplett zu verbieten. Hier wird eine Lücke genutzt, da Motorräder kein Parkpickerl benötigen. Die meisten europäischen und teilweise sogar einige amerikanischen Städte gehen hier bereits fortschrittliche Wege. Konkrete Umsetzung: - Der 1. Wiener Gemeindebezirk reicht nicht aus, da er nicht leistbar ist. - Die Veränderungen sollten mit einer Übergangsfrist von 4 Jahren angekündigt werden damit sich Menschen darauf einstellen können. - Zugang weiterhin für tatsächlich nötige Fahrten; Zulieferer, Handwerker, Um-zugs-laster, Taxis, etc. Es benötigt Ausnahmeregeln für Menschen die aufgrund der beruflichen Situation zum Besitz eines PKWs gezwungen sind. (z.B. Nachtdienst oder auch etwaige körperliche Behinderungen). Diese Ausnahmen müssen ohne Neid-Debatten erfolgen. Mit dem Begriff des Gleichheits-grundsatzes wird oftmals das fragwürdige „Menschenrecht“ argumentiert, ein Auto fahren und parken zu dürfen. Diese Argumentation ist leider nicht zeit-gemäß und mit heutiger Erkenntnis als staatliche Willkür einzuordnen. Sie muss juristisch hinterfragt werden.

Datum der Einbringung:

22. September 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

8) Petition Gratis Pinkeln für Alle - auch für Frauen!

Inhalt der Petition:

Jeder kennt es man/frau ist unterwegs und geht auf eine öffentliche Toilette, der Mann kostenfrei, die Frau muss 50 Cent zahlen. Wir möchten diese Ungleichheit behoben sehen und dass Frauen selbstverständlich die Möglichkeit haben, in öffentlichen Toiletten ebenfalls kostenfrei auf die Toilette zu gehen. Hierbei handelt es sich um eine besonders anschauliche Diskriminierung des weiblichen Geschlechts, wofür es im Wien des 21 Jhdt keinen Platz mehr geben darf.

Datum der Einbringung:

5. Oktober 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

9) Autofreies Wien

Inhalt der Petition:

Die Vorteile liegen auf der Hand: - jährlich um mehr als 300 Verkehrstote (und tausende Verletzte) weniger - sauberere Luft - Energie- und Rohstoffersparnis Das Verkehrskonzept muss umfassen: - gratis Öffis - auch in die Randbereiche bzw. ins Umland - ausreichend Parkhäuser an den Einfahrtsrouten - Ausnahmegenehmigungen für Handelsbetriebe (ähnlich Fußgängerzonen) und Einsatzfahrzeuge - Lastentaxikonzept (zb. für Möbellieferungen) Wir haben jetzt die Chance, unseren Planeten - für unsere Kinder - zu retten. Dazu braucht es große Ideen, keine Babystep

Datum der Einbringung:

8. Oktober 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

10) Generelle Kennzeichnung von Fahrradstreifen in Einbahnstraßen

Inhalt der Petition:

Fußgänger schauen beim Überqueren von solchen Einbahnstraßen eher automatisch entgegen der Einbahnrichtung, um den ankommenden Verkehr zu beobachten und übersehen dabei oft, dass sich eventuell ein Radfahrer/e-Scooter auch von der anderen Seite annähern kann. In manchen Einbahnstraßen ist diese Situation nur durch ein ab und zu aufbepinseltes Fahrradsymbol gekennzeichnet, das aber von Fußgängern nicht leicht zu bemerken ist. Es sollte daher diese Situation generell durch eine strichlierte Leitlinie gekennzeichnet werden.

Datum der Einbringung:

4. November 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

11) Nicht mehr sprachlos, sondern laut - WIR ALLE fordern Kinderschutz!

Inhalt der Petition:

Wir fordern: - Die sofortige Implementierung einer unabhängigen und übergeordneten Clearingstelle-Kinderschutz, die die Aufarbeitung und Nachbereitung der aktuell bekannten Fälle vorantreibt und die künftige Präventionsarbeit zentralisiert. Diese braucht weitreichende Kompetenzen und ein niederschwelliges Meldesystem. - Lückenlose Aufklärung von Verdachtsfällen betreffend Gewalt und sexuellen Missbrauchs an Minderjährigen! - Verpflichtende Kinderschutzkonzepte für alle öffentlichen und privaten Bildungs- und Freizeitanbieter*innen, die direkt mit Kindern arbeiten - somit für ALLE Schulen, Kindergärten, Vereine, Freizeit- und Nachhilfeinstitute, Feriencampanbieter*innen u.ä. und darin enthaltene Handlungsleitfäden für den Verdachtsfall, damit im Fall des Falles jede*r weiß, was zu tun ist! Zudem soll die öffentliche Hand alle Einrichtungen, Vereine udgl. bei der Errichtung von Kinderschutzkonzepten u.a. durch Kostenübernahme unterstützen! Es braucht tatsächliche verpflichtende Konzepte statt nur bunter Kampagnen für einen effektiven, flächendeckenden Kinderschutz! Dadurch entsteht eine win-win-win Situation für präventiv geschützte Kinder, für Eltern und Erziehungsberechtigte, die auf ein geprüftes Angebot zurückgreifen können und für Anbieter*innen, die ihre Organisation vor übergriffigen Personen - so weit als präventiv möglich - schützen können. - Verpflichtende, kostenlose, regelmäßige und entbürokratisierte Abfrage der Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendhilfe für jede Person, die in Beruf oder Ehrenamt direkt mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat. Diese Auskunft sollte Normalität für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden, damit Personen, die sich schon auffällig gezeigt haben, NIE mehr Zugang zur Arbeit mit Kindern finden. Reintegration von Täter*innen hat ihre Berechtigung, aber Kinderschutz geht vor! - Ausbau der sexualpädagogischen Erziehung (sowie Fortbildung der Lehr- und Betreuungspersonen) flächendeckend und altersadäquat in allen Bildungseinrichtungen: von Selbstwert- und Gefühlsarbeit bis zur Aufklärung! Kinder brauchen Wissen, um Missbrauch als solchen erkennen zu können und Worte, um darüber sprechen zu können! - Verantwortungsübernahme und rasche und unbürokratische Soforthilfe für aktuelle Missbrauchsoffer sowie die Einrichtung eines Entschädigungsfonds! Therapiemöglichkeiten müssen zeitnah und kostenfrei allen Opfern zur Verfügung gestellt werden, ebenso braucht es therapeutisch gestützte Aufarbeitungsangebote für alle Kinder betroffener Einrichtungen! Wenn der Kinderschutz versagt hat, darf am Opferschutz nicht gespart werden! - Wien soll als Bundeshauptstadt innovativ vorgehen und zum best practice Beispiel in Sachen Kinderschutz werden! Jetzt!

Datum der Einbringung:

9. November 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

12) Rückbau Praterstern Brunnen

Inhalt der Petition:

Ich fordere die Stilllegung und den Rückbau des Brunnens am Pratersternbahnhofs zu einer Grünfläche mit Baum.

Datum der Einbringung:

4. November 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch

13) Verbreiterung Gehsteig

Inhalt der Petition:

Ich fordere die Verbreiterung des Gehsteigs entlang der gesamten Engerthstraße von der Lassallestr bis zum Friedrich Engels Platz.

Datum der Einbringung:

22. November 2022

Form der Einbringung:

Elektronisch